

Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes -
Bund der AntifaschistInnen (VVN-BdA)
Baden-Württemberg e.V.



September 2009

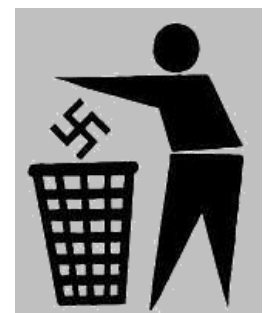
Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes -
Bund der AntifaschistInnen
Baden-Württemberg e.V.
Böblinger Str. 195, 70199 Stuttgart
Tel. 0711 603237 Fax 600718
<http://www.vvn.telebus.de/>
<mailto:baden-wuerttemberg@vvn-bda.de>

Bundesvereinigung
Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin
Tel. 030 297841 75 Fax: 79
<http://www.vvn-bda.de/>
<mailto:bundesbuero@vvn-bda.de>

Dokumente über ein verhindertes Nazi-Verbrechen

**Nazi-Terroristen das Handwerk
legen! Zusammenstehen gegen
Faschismus und Krieg!**

nonpd
NPD-Verbot **jetzt!**



Datum	Titel / Inhalt	Quelle	Seite
27.08.2009	Südbadische Nazis planten Bombenanschlag Communiqué Autonome Antifa Freiburg	stattweb.de	3
27.08.2009	SPD: Verhaftung in Weil am Rhein zeigt den kurzen Weg vom Rechtsextremismus zum Terrorismus	SPD Landtagsfraktion	4
27.08.2009	Neonazi wegen möglicher Anschlagspläne in Haft	SPIEGEL	5
28.08.2009	Bomben made in Baden	junge Welt	7
28.08.2009	Der Bombenbauer von Weil am Rhein und die Münchner Neonaziszene	aida-archiv.de	8
28.08.2009	Polizei findet kiloweise Sprengstoff	Schwarzwälder Bote	10
29.08.2009	„Hatten bessere Infos als die Polizei“ Die Verhaftung des Weiler Bombenbastlers ist ein großer Coup der Freiburger Autonomen Antifa	Badische Zeitung	11
30.08.2009	NPD-Jugendfunktionär plante Sprengstoffanschläge / Antifa-Recherche verhinderte Blutbad / VVN-BdA fordert Rücktritt von Innenminister Heribert Rech (CDU) Material zur PM VVN-BdA aus AN Mai 2009: Warum beschützt der Innenminister die NPD?	VVN-BdA BaWü Antifa-Nachrichten	12 13
30.08.2009	Presse-Reaktionen auf PM VVN-BdA > Quelle: dpa/lsw	Google news	14
30.08.2009	VVN fordert Rücktritt von Rech	Bild.de, Südkurier, ka-news.de	15
30.08.2009	Nazi-Terroristen das Handwerk legen! NPD-Verbot jetzt! Zusammenstehen gegen Faschismus und Krieg!	VVN-BdA Karlsruhe	16
31.08.2009	VVN fordert Rücktritt von Rech	BNN	17
31.08.2009	LKA steigt in Ermittlungen gegen Weiler Neonazi ein - VVN fordert Rücktritt von Innenminister Rech	Badische Zeitung	18
31.08.2009	Umherfliegende Stahlkugeln / Der blinde Fleck	taz	19
31.08.2009	Schriftwechsel VVN-BdA / SPD / GRÜNE	Emails	21
01.09.2009	Aufstieg mit Hilfe der Mitte - Die Rechten und Wahlen	nrv.vvn-bda.de, uz	22
01.09.2009	VVN warnt: NPD-Mann plante offenbar Bombenanschläge (mit Text PM VVN-BdA)	pforzheimer-rundschau.de	22
04.09.2009	"Probleme mit Neonazis lange verkannt" Interview gegen Nazi-Aufmarsch in Dortmund am 5. September	WDR.de	23
04.09.2009	Uli Sckerl: "Polizei und Verfassungsschutz – weggeschaut oder ahnungslos?" NPD-Bombenbastler wohl kein Einzeltäter	GRÜNE Landtagsfraktion	24
04.09.2009	"Schwere Versäumnisse" Bombenbauer aus Weil am Rhein beschäftigt Landtag	Badische Zeitung Südkurier	25
05.09.2009	Bombenbauer steht NPD nahe - Opposition wirft Polizei und Verfassungsschutz schwere Versäumnisse vor	Stuttgarter Zeitung BNN, Bild.de	26
05.09.2009	Liquidierung als Ziel - Hintergrundbericht über militante Neonaziszene und deren internationale Vernetzung	junge Welt	27
05.09.2009	Dortmund: Nazis erfolgreich gestoppt – VVN-Rede gegen Faschismus und Militarismus	nrv.vvn-bda.de	31



Südbadische Nazis planten Bombenanschlag

[Wir dokumentieren die aktuelle Meldung der Autonomen Antifa Freiburg zu geplanten Bombenanschlägen in Südbaden]

Der Lörracher Stützpunktleiter der NPD-Jugendorganisation „Junge Nationaldemokraten“ (JN), Thomas Baumann, hat alle für den Bau mehrerer hochgefährlicher Bomben notwendigen Chemikalien beschafft und ist zudem mit Messern und scharfen Schusswaffen bewaffnet. Baumann hat bereits das Autonome Zentrum KTS Freiburg als mögliches Anschlagziel ausgekundschaftet. Am 26.08.2009 durchsuchte die Polizei die Wohnung des Nazis, beschlagnahmte Beweismittel und nahm Baumann fest.

Thomas Baumann erhielt tatkräftige Unterstützung vom Lörracher NPD-Chef Christoph Bauer aus Grenzach-Wyhlen und dem selbsternannten Kameradschaftsführer Thorsten Ziethen aus Bad Krozingen. Er pflegt unter anderem Kontakte zum JN-Landesvorstand um Lars Gold und Alexander Neidlein, dem NPD-Ideologen Jürgen Schwab aus Bayern, dem Nazi-Propagandisten Wolfgang Grunwald aus Ballrechten-Dottingen und dem ehemaligen NPD-Kreisvorsitzenden John Bürgel aus Freiburg, sowie zu Michael Haldimann aus Burgdorf von der „Partei National Orientierter Schweizer“. Baumann ist eine Schlüsselfigur in der Südbadener Naziszene um Markus Walter aus Weil am Rhein, Dorian Schubert aus Grenzach-Wyhlen, Max Höckendorff aus Laufenburg, Kevin Hornig aus Rheinfelden, Tobias Klormann aus Grenzach-Wyhlen und Julien Lagarde aus Lörrach, der zur Zeit als Marinesoldat in Eckernförde stationiert ist.

Der 22-jährige Thomas Horst Baumann wohnt bei seinen Eltern in der Wollbacher Straße 14 in Weil am Rhein und macht zur Zeit eine Ausbildung als Altenpfleger im St. Fridolin Pflegeheim in Lörrach-Stetten, „wo Pflege mit Herz und Kompetenz zu Hause ist“. Auf Naziaufmärschen tritt er als Mitglied des „Nationalen Sanitätsdienstes“ auf, dem „Braunen Kreuz“ der NPD. Baumann war Zeitsoldat bei den Krisenreaktionskräften der Bundeswehr, macht Kampfsport und bereitet sich mit Survivalprodukten auf Guerillakampf und Weltuntergang vor. Er ist polizeilich mehrmals einschlägig aufgefallen, auch wenn das Gerichtsverfahren, das stattfand nachdem er „nem Polacken weh getan hat“, gegen „ne zahlung von ca 200 Teuro“ eingestellt wurde.

Thomas Baumann war Mitglied im „Kampfbund Deutscher Sozialisten“ und ist Gruppenführer der Kameradschaft „Freie Kräfte Lörrach“. Er arbeitet politisch mit Markus Walter und Dorian Schubert vom „Aktionsbündnis Südbaden“ zusammen, dessen Website vom „Netzradio Germania“-Betreiber Stefan Schreiber aus Donaueschingen gehostet wird. Die illegalen Inhalte der Südbadener Nazis provozierten am 16.07.2009 eine Razzia beim Naziradio und beim Mailprovider GMX.

Anschließend wurde das „Aktionsbündnis Südbaden“ in „Aktionsbüro Dreiländereck“ umbenannt und nach Antifaaktivitäten am 24.08.2009 für aufgelöst erklärt. Beim „Netzradio Germania“ sind auch Thorsten Ziethen alias „Bruno Kotschewski“ und seine Freundin Marina Strauss alias „Marina Kotschewski“ aktiv, die zusammen in der Belchenstrasse 38 in Bad Krozingen wohnen. Thorsten Ziethen und Thomas Baumann wiederum verbindet mehr als ihre faschistische Ideologie: Beide haben einen Hang zum Narzissmus, beiden leiden unter Selbstüberschätzung und beide versuchen dilettantisch linke Infrastruktur auszuspienieren.

Allgemein hat Anti-Antifa-Arbeit bei den Nazis in Südbaden einen hohen Stellenwert. So prahlt etwa

Max Höckendorff als „ANhochrhein“ im Forum des „Freien Beobachter Bodensee“ nach Ziethens Outing mit seinen Recherchen: „wenn jemand noch mehr infos will oder antifa adressen weil er grad seine wut raus lassen will dann per PN melden :-“). Seine Kameraden warnt Baumann vor der Antifa, „den die Zecken pennen nicht (siehe John Bürgel aus Freiburg) der wurde übelst heftig geoutet und das meiner Meinung nach zum größten teil aus Unvorsichtigkeit.“

Baumann liefert geflissentlich Protokolle über die bescheidenen Aktivitäten aller vier Mitglieder seines am 13.06.2009 gegründeten JN-Stützpunktes mit einem Kassenstand von 43,20 Euro bei seinem Chef und terroristischen Vorbild Alexander Neidlein ab. Allerdings sind beide nicht gerade mit IT-Kenntnissen gesegnet. Resigniert schreibt Baumann an Neidlein, der Baumanns Protokolle im OpenOffice-Format zuvor nicht öffnen konnte: „Ich versuche jetzt schon seit 2 Stunden dieses Juden-Office runterzuladen aber ohne Erfolg. Ich drucke den Bericht aus und bringe ihn mit bzw. auch noch Elektronisch gespeichert auf Datenzäpfchen.“

Vor seiner Parteikarriere in der JN war Baumann Skinhead und lernte auf einem NPD-Grillfest in Lörrach Wolfgang Grunwald kennen. Baumann schrieb im Juni 2009 im Naziforum thiazi.net als „Julius Evola“ eine RSA-verschlüsselte persönliche Nachricht an „Wolfgang Reinhard“ Grunwald: „Ich war der (damals noch) Skinhead der aufs Auge bekommen hat. Naja. Ich habe mich Charakterlich und politisch-weltanschaulich weiterentwickelt. Die Assozialen nicht. Mittlerweile bin ich Mitglied der JN und ab nächste Woche als Stützpunktleiter auch Mitglied des hiesigen Landesvorstandes.“

Das thiazi.net nutzt er auch zu Recherchen über „Völkische Frisuren“, die er sich folgendermaßen vorstellt: „Nacken rasiert, Ohren rasiert, in der Mitte Haare damit ich sie zum Scheitel kämmen kann“, zur Suche nach Büchern wie „Der Internationale Jude“ und „Mosaistisch Jüdischer Imperialismus (3000 Jahre hebräischer Schleichwege zur Weltherrschaft)“, sowie zu Fachsimpeleien über Schusswaffen – insbesondere über seine am 28.02.2009 bei Atlatus in Lörrach gekaufte 15-schüssige 9mm Parabellum Pistole CZ-75 Kadet.

Unklar bleibt Baumanns Bestellung eines „Phantom Totalbody M“ für 89,95 Euro bei adultshop.de. Beworben als „Geile Zweithaut von Kopf bis Fuß! Für SIE und IHN: Schwarzer Ganzkörperanzug mit Kopfmaste, Händen und Füßen. Keine Öffnungen, nur Reißverschluss hinten!“ könnte das delikate Kleidungsstück neben seiner offensichtliche Verwendung als Sexspielzeug auch für einen Bombenanschlag verwendet werden, bei dem der Täter keine DNA-Spuren hinterlassen will.

Könnten Baumanns Buchkäufe „Schwarzpulver für Survival“, „Schwarzpulver und Sprengsalpeter“, „Chemische Kampfstoffe – Giftgase“, sowie „Nitroglycerin und Dynamit“ noch als typischer Waffenfetischismus eines Provinznazis abgetan werden, deuten die bestellten Anzündlitzten, der elektrische Anzünder, die ferngesteuerte Zündanlage, die digitale Waage und die Chemiehandschuhe auf mehr als theoretisches Interesse hin. Der Beweis dafür, dass Baumann tatsächlich beabsichtigt Bomben zu bauen, ist die Liste der von ihm übers Internet in großen Mengen gekauften Chemikalien.

Hilfe bei der Beschaffung weiterer Explosivstoffe bekam der JN-Chef Baumann über einen Zeitraum von anderthalb Jahren vom Lörracher NPD-Chef Bauer. Bereits zu Beginn von Baumanns Experimenten wurde durch unser Communiqué

vom 18.03.2008 eine Bestellung mehrerer Kilogramm Kaliumnitrat durch den Chemikersohn Bauer bekannt. Dieser gab Baumann nicht nur Einkaufsratschläge, sondern besorgte ihm auch selbst einen Teil der Chemikalien, wie durch eine Mail an Baumann vom 21.06.2009 klar wird: „Du hast noch Chemikalien im Wert von ca. 76.- Eur. bei mir, die du über mich bestellt hast.“

Baumanns mehr als drei Kilogramm Calciumkarbid können schon mit ein wenig Wasser zur Explosion gebracht werden. Aus den von Baumann bestellten zwei Kilogramm Salpetersäure und den zwei Kilogramm hochkonzentrierter Schwefelsäure kann er Nitriersäure herstellen, die er beispielsweise mit Watte zu Cellulosenitrat (Schießbaumwolle), mit problemlos erhältlichem Glycerin zu Nitroglycerin und mit Toluol zu Trinitrotoluol (TNT) verarbeiten kann.

Weiter hat sich Baumann drei Kilogramm hochkonzentrierte Wasserstoffperoxidlösung gekauft. Mit der Schwefelsäure und Aceton, das es in jedem Baumarkt zu kaufen gibt, lässt sich daraus Acetonperoxid herstellen. Diesen als Triacetat-Triperoxid (TATP) bekannten Stoff wollte bereits der „Schuhbomber“ Richard Colvin Reid 2001 für ein Attentat auf einen Flug von Paris nach Miami verwenden. 2006 sollte der hochexplosive Flüssigsprengstoff für Anschläge auf zehn Flüge von London in die USA genutzt werden. Die „Sauerlandgruppe“ wollte die gleiche 35%ige Wasserstoffperoxid-Lösung für ihre Anschläge verwenden.

Aus Baumanns zehn Kilogramm Kalkammonsalpeter lässt sich sehr leicht Ammoniumnitrat gewinnen, woraus mit der Schwefelsäure wiederum Nitriersäure hergestellt werden kann. Baumann kann das Ammoniumnitrat in Kombination mit seinen zwei Litern hochkonzentrierten Nitromethan auch zur Herstellung jenes hochexplosiven Stoffes ANNM verwenden, den der US-amerikanische Rassist Timothy McVeigh am 19.04.1995 bei seinem Bombenanschlag auf das Murrah Federal Building in Oklahoma City verwendete, bei dem 168 Menschen starben.

Timothy McVeigh wird ähnlich wie Rudolf Heß von deutschen Nazis verehrt. Erst am 17.08.2009 feierten die Nazis um Thomas Baumann in Lörrach den Stellvertreter Hitlers an seinem Todestag. Heß wie McVeigh zeigten beide nach der Verkündung ihrer Urteile kein Mitleid mit ihren Opfern und beide stilisierten sich zu unbeugsamen Märtyrern: McVeigh zitierte im „Final Statement“ vor seiner Hinrichtung Henleys Gedicht „Invictus“ („Unbesiegt“), Heß verkündete vor dem Internationalen Militärtribunal in Nürnberg: „Ich bereue nichts!“

Momentan versuchen die Nazis in Südbaden sich in der bisher nicht als Nazihochburg bekannten Region zu etablieren. Die meist männlichen, jungen Nazis organisieren sich vor Ort in faschistischen Gruppen und der NPD, sind im Internet aktiv, besuchen Nazikonzerte, fahren weite Strecken zu Aufmärschen, führen ideologische Schulungen durch und vernetzen sich regional, überregional und international. Dass sie auch Bomben bauen ist keineswegs überraschend, denn das Ziel der Nazis ist die Vernichtung ihrer politischen und ideologischen Feinde.

Nazis ain't got no humanity. They need to be destroyed.

Quelle: Communiqué vom 27.08.2009
AutorIn: Autonome Antifa Freiburg





<http://www.spd.landtag-bw.de/index.php?docid=4002>

SPD: Verhaftung in Weil am Rhein zeigt den kurzen Weg vom Rechtsextremismus zum Terrorismus

Rechtsextremismus-Experte [Braun](#): „Die Landesregierung darf sich einem neuen NPD-Verbotsverfahren nicht länger verweigern“

Für Stephan Braun, Sprecher der SPD-Fraktion für Verfassungsschutz und Extremismus, sind die Chemikalien- und Waffenfunde bei dem verhafteten Rechtsextremisten in Weil am Rhein ein weiterer Beweis für die wachsende Gefahr des Rechtsextremismus in Baden-Württemberg. „Dies zeigt, wie kurz der Weg vom Rechtsextremismus zum Terrorismus ist“, erklärte Braun. Befremdlich sei aber die Tatsache, dass die Polizei erst auf einen anonymen Hinweis hin tätig geworden sei. „Natürlich stellt sich die Frage, warum der Rechtsextremist durch die Chemikalienkäufe und die möglichen Anschläge nicht schon früher ins Visier von Verfassungsschutz und Polizei gerückt ist“, erklärte Braun. Er verwies dabei auf die Verhaftungen der Sauerland-Gruppe, die durch die Käufe von Chemikalien aufgefliegen sei.

Braun verwies auch auf die engen Verknüpfungen des verhafteten Rechtsextremisten zur NPD und ihrer Jugendorganisation „Junge Nationaldemokraten“ (JN). Damit werde erneut klar, wie gefährlich die rechtsextremistische Partei auch in Baden-Württemberg sei. Braun forderte deshalb die Landesregierung auf, sich einem neuen NPD-Verbotsverfahren nicht länger zu verweigern: „Die Landesregierung muss sich endlich für ein solches Verbot einsetzen.“

Stuttgart, 27. August 2009

[Dr. Roland Peter](#), Pressesprecher



<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,645416,00.html>

27. August 2009, 18:31 Uhr

Festnahme in Südbaden

Neonazi wegen möglicher Anschlagspläne in Haft

Von Philipp Wittrock

Er hortete Waffen, informierte sich über Sprengstoff, hantierte mit explosiven Chemikalien, bastelte an Zündern: Die Polizei hat in Südbaden einen jungen Neonazi festgenommen, der möglicherweise einen Bombenanschlag plante. Der Mann gehörte zur Nachwuchsorganisation der NPD.

Berlin - Es war ein erstaunliches Arsenal, das den Ermittlern bei der Hausdurchsuchung im baden-württembergischen Weil am Rhein am vergangenen Mittwoch in die Hände fiel: Chemikalien, Zündschnüre, elektrische Bauteile für Fernzündler, Teile zum Bau von Rohrbomben, Fachliteratur über Sprengstoffe, Gewehre, Pistolen, zahlreiche Messer, Dolche, Bajonette. "Bei seiner Festnahme führte er zwei Messer im Rucksack und eines im Gürtel mit sich", sagte ein Polizeisprecher am Donnerstag in Lörrach.

Alles in allem genug, dass ein Richter am Donnerstag Haftbefehl gegen den 22-Jährigen erließ. Er sitzt nun in Untersuchungshaft. Der Festgenommene gehört zur Südbadener Neonazi-Szene. Die Polizei, die ihm durch eine anonyme Anzeige auf die Spur kam, fand bei der Razzia einen Mitgliedsausweis der "Jungen Nationaldemokraten", der Jugendorganisation der rechtsextremen NPD.

Ob der Mann schon tatsächlich konkrete Anschlagspläne hatte, ist noch ungewiss. Er ist der Polizei schon wegen anderer Delikte bekannt, und es scheint nicht so, als habe er nur zum Spaß mit den gefährlichen Stoffen hantiert. Über die vergangenen Monate habe er sich diese in größeren Mengen besorgt. Der Rechtsextremist war möglicherweise dabei, eine funktionsfähige Bombe zu bauen.

Er sei offensichtlich aktiv damit beschäftigt gewesen, Sprengstoff herzustellen, erklärte die Polizei. In der Wohnung des Verdächtigen fanden die Ermittler auch verschiedene Laborgegenstände und selbstgebastelte Gerätschaften. Die erste Einschätzung der Sprengstoffspezialisten der Polizei: Die beschlagnahmten Chemikalien waren geeignet, innerhalb weniger Stunden Sprengstoff herzustellen. "In zwei bis vier Stunden hätte er etwas herstellen können, das mit einer Handgranate vergleichbar ist", sagte Jürgen Winkler von der

Polizeidirektion Lörrach. "Fatale Explosionen" wären dann möglich gewesen.

Der Neonazi schweigt bislang gegenüber den Ermittlern. Offenbar handelt es sich bei dem festgenommenen um Thomas B., einen "Stützpunktleiter" der "Jungen Nationaldemokraten", der als solcher auch Mitglied des baden-württembergischen Landesvorstands der NPD-Jugend ist.

Anschläge gegen die Freiburger Antifa?

Lokale Antifa-Gruppen bezeichnen Thomas B. als "zentralste, aktivste und gefährlichste Figur in der Nazi-Szene rund um Lörrach" oder als "Schlüssselfigur in der Südbadener Nazi-Szene". Er sei in der Neonazi-Kameradschaft "Freie Kräfte Lörrach" aktiv und trete bei regionalen Aufmärschen von Rechtsextremisten als Helfer für den "Nationalen Sanitätsdienst" auf. Derzeit mache B. eine Ausbildung zum Altenpfleger in einem Pflegeheim in Lörrach.

Bei den sichergestellten Chemikalien soll es sich unter anderem um Kalkammonsalpeter, Wasserstoffperoxid, Schwefelsäure, Nitromethan und Calciumkarbid handeln, die er auch mit Hilfe anderer Rechtsextremisten beschafft haben soll, unter anderem soll auch ein lokaler NPD-Funktionär daran beteiligt gewesen sein. Dieser habe B. auch gedrängt, ein autonomes Zentrum in Freiburg auszuspionieren.

Ein mögliches Ziel für eine Bombe? "Es gibt Anhaltspunkte dafür, dass als wahrscheinliches Anschlagziel die Kreise der Antifa in Frage kommen", sagte der Leiter der Kriminalpolizei Lörrach, Engelbert Brüstle, am Donnerstag.

Der Neonazi habe sich in einem Internetshop auch einen "Ganzkörperanzug mit Kopfmassage, Händen und Füßen" aus Latex gekauft, behaupten Antifa-Autoren im Internet. Dieses "delikate Kleidungsstück", heißt es dort, könnte B. "neben seiner offensichtlichen Verwendung als Sexspielzeug auch für einen Bombenanschlag" verwenden - um DNA-Spuren zu vermeiden.

mit Material von AP und dpa



DPA

Die Polizei in Lörrach präsentiert Chemikalien, die bei einem 22-jährigen Neonazi in Weil am Rhein sichergestellt wurden. Offenbar bastelte der Mann an einer Bombe.





dpa

Dazu hatte er sich auch die nötige Fachliteratur beschafft, die Kriminalhauptkommissar Jürgen Winkler bei einer Pressekonferenz zeigt.



ddp

Auch zahlreiche Schusswaffen stellten die Ermittler bei dem Verdächtigen sicher



Bomben made in Baden

Von Rainer Balcerowiak



Laut Experten der badischen Polizei hätte das bei einem Lörracher Neonazi gefundene Chemikalienarsenal binnen Stunden zu einem Sprengkörper verarbeitet werden können Foto: dpa

Auch der Donnerstag verging nicht ohne das öffentliche Mantra von Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble (CDU). Die Gefahr eines Terroranschlags sei »unverändert hoch«, da sich Deutschland nach wie vor »im Fadenkreuz des internationalen Terrorismus« befinde, erklärte er im Hamburger Abendblatt. »Erkenntnisse über konkrete Anschlagplanungen« habe man allerdings nicht, so Schäuble.

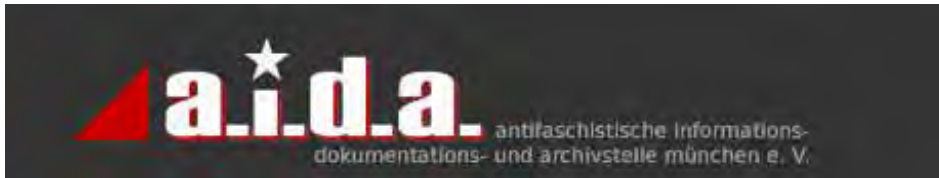
Da irrt der Minister. Seit Mittwoch gibt es sehr wohl entsprechende Erkenntnisse. Diese betreffen jedoch nicht den »internationalen Terrorismus«, sondern die Neonaziszene in Schäubles Heimatland Baden-Württemberg. Doch vielleicht

rangiert das, was Ermittlungsbehörden beim »Stützpunktleiter« der NPD-Jugendorganisation Junge Nationaldemokraten im badischen Lörrach zutage förderten, bei Schäuble eher unter der Rubrik »Jugend forscht«. Laut einer am Donnerstag veröffentlichten gemeinsamen Erklärung der Staatsanwaltschaft und der Polizei in Lörrach und nach Informationen der Badischen Zeitung hat der 22jährige Thomas B. seit Ende 2008 in erheblichen Mengen Chemikalien wie Kalkammonsalpeter, Wasserstoffperoxid, Schwefelsäure, Nitromethan und Calciumkarbid bei verschiedenen Versandfirmen gekauft. Um kein Aufsehen zu erregen, seien die Bestellungen auch über die Adressen anderer »Kameraden« abgewickelt worden, zu denen auch der Lörracher NPD-Chef Christopf B. gehören soll. Gefunden wurden auch Bauteile für Fernzünder und Rohrbomben. Sprengstoffexperten der Polizei sind zu der Einschätzung gekommen, daß die aufgefundenen Materialien dazu geeignet gewesen seien, »innerhalb weniger Stunden explosionsgefährliches Material herzustellen«, hieß es in der Erklärung. Ferner habe der Mann sowohl über legale Waffen – er war im Schützenverein – als auch über laut Kriegswaffengesetz verbotene Sturmgewehre verfügt. Gegen ihn wurde am Nachmittag Haftbefehl erlassen.

Über konkrete Anschlagziele liegen den Ermittlern zwar noch keine Erkenntnisse vor, doch B. hat in den vergangenen Jahren als bekannter Skinhead und Aktivist der neofaschistischen »Freien Kräfte« nie einen Hehl aus seiner militanten Gesinnung gemacht. Antifaschisten aus der Region vermuten, daß Neonazis eine Aktion in Freiburg planten. Dort war es bislang stets gelungen, öffentliche Aufmärsche von Neofaschisten und die Gründung von Ortsgruppen zu verhindern. Im Visier der NPD und anderer Gruppierungen der Szene ist vor allem das alternative Stadtteilzentrum KTS, welches nach Information der Antifa, die offenbar Teile der E-Mail-Kommunikation der militanten Neonazis abgefangen hat, auch gezielt ausgespäht werden sollte. Nach eigenen Angaben habe die Antifa bereits im März 2008 auf Chemikalienkäufe durch Neonazis hingewiesen. Ob und wie die Behörden seinerzeit reagierten, ist nicht bekannt.

Angesichts der spätestens seit dem gescheiterten Verbotsverfahren gegen die NPD vor dem Bundesverfassungsgericht aktenkundigen Durchsetzung der Partei und ihres Umfeldes mit Geheimdienstmitarbeitern ist allerdings davon auszugehen, daß der Chemikalienkauf unter den Augen des Verfassungsschutzes stattfand. Das ist nicht die einzige Parallele zur sogenannten »Sauerlandgruppe«, die seit einiger Zeit als Beleg für die vermeintliche Bedrohung durch den »islamischen Terrorismus« herhalten muß und deren Zünderkäufer für mehrere Dienste tätig war. Wie Thomas B. hatte die Gruppe für den Bombenbau ebenfalls auf Wasserstoffperoxid gesetzt.





http://www.aida-archiv.de/index.php?option=com_content&view=article&id=1661

Der Bombenbauer von Weil am Rhein und die Münchner Neonaziszene

Freitag, 28. August 2009 um 12:54 Robert Andreasch

Im badischen Weil am Rhein nahm die Polizei am Donnerstag den NPD- und JN-Aktivisten Thomas Horst Baumann fest, der nach Recherchen Freiburger AntifaschistInnen ein Sprengstoffattentat gegen das autonome Zentrum „KTS“ in Freiburg geplant haben soll. Mit Münchner Neonazis der „Freien Nationalisten München“ und der „Bürgerinitiative Ausländerstopp“ war Baumann offensichtlich gut bekannt.

Weder Staatsschutzbeamte oder VerfassungsschutzmitarbeiterInnen waren es, die die militanten Neonazipläne aufgedeckt haben, sondern AntifaschistInnen! In einer Internetveröffentlichung und in einer bei der Polizei eingegangenen Mitteilung hatten anonym agierende Antifa-AktivistInnen im Rahmen eines Outings der Lörracher Neonaziszene detailliert die massiven und gezielten Chemikalienbestellungen des JN-Kaders **Thomas Horst Baumann** offengelegt. Als es aufgrund der detaillierten Schilderung in der Antifa-Veröffentlichung zu einer polizeilichen Hausdurchsuchung beim Beschuldigten kam, wurden sowohl die in der anonymen Anzeige beschriebenen Sprengmittel wie auch die von den AntifaschistInnen beschriebenen Waffen prompt aufgefunden. Unter anderem hatte Baumann in Zusammenarbeit mit anderen Neonazis Calciumkarbid, Nitromethan, Schwefelsäure, Wasserstoffperoxid und Kalkammonsalpeter, ferngesteuerte Zünder, Rohrbombenteile sowie weitere Ausrüstung und Fachliteratur erworben. Mit den Chemikalien lassen sich u. a. die Sprengstoffe Triacetat-Triperoxid (TATP), Nitroglycerin, TNT sowie ANNM herstellen. Das Landeskriminalamt Stuttgart gab bekannt, dass allein die vorbereitete Rohrbombe eine Sprengkraft besaß, die 15 Menschen schwer verletzt oder getötet hätte.

Die Verbindungen nach München

Der 22-jährige Thomas Baumann, seit Juni 2009 Leiter des „Stützpunktes Lörrach“ der NPD-Jugendorganisation „Junge Nationaldemokraten“ (JN) war gut mit Münchner Neonazis bekannt. Dies zeigte sich nicht zuletzt dadurch, dass er beim NPD-Aufmarsch am 1. Mai 2009 in Ulm gar in den Reihen der Münchner Neonaziszene aufmarschierte.





Der mutmaßliche Bombenbauer Thomas Horst Baumann hinter dem Transparent der „Freien Nationalisten München“ (links, mit rotem T-Shirt). Vor ihm die „FNM“-Aktivisten Manuel Heine und Sven Grams, hinter ihm die Münchner NPD-Bundestagskandidatin Renate Werlberger (BIA). Foto: Zacharias O. Gross

Auch beim eher regional beworbenen „Bayerntag“ der bayerischen NPD am 6. Juni 2009 in Straubing soll der militante Neonazi Thomas Baumann teilgenommen haben, was auf weitergehende Kontakte zur bayerischen Neonaziszene schließen lässt.

Münchner Neonazis und Bomben

Thomas Baumann, einst Zeitsoldat bei den Krisenreaktionskräften der Bundeswehr, soll mit den brisanten Sprengmitteln und den Waffen ein Attentat gegen das Freiburger autonome Zentrum „KTS“ geplant gehabt haben. Die bewaffneten Anti-Antifa-Aktivitäten von Neonazis im Raum Freiburg wecken in München Erinnerungen an das Jahr 2003, als der Neonazi **Martin Wiese** mit seiner „Kameradschaft Süd“ ebenfalls Waffen und Sprengstoff besorgte und sie eventuell zu Attentaten gegen Jüdinnen und Juden sowie AntifaschistInnen verwenden wollte. Viele Neonazis aus den Kreisen Wieses sind immer noch oder längst wieder in der Münchner Szene aktiv, Martin Wiese selbst wird im August 2010 aus der Justizvollzugsanstalt Bayreuth entlassen. Mehrfach hat er in der jüngsten Zeit für die Zeit nach seiner Entlassung ein politisches Comeback angekündigt.



Polizei findet kiloweise Sprengstoff

Beamte verhaften 22 Jahre alten Neonazi nach Hausdurchsuchung

Von Marco Schopferer

Weil am Rhein/Lörrach. Südbaden ist nur knapp einem Bombenanschlag entgangen. Kiloweise Sprengstoffmaterialien und Waffen stellte die Polizei am Mittwoch bei einer Hausdurchsuchung in Weil am Rhein sicher. Gegen ein 22 Jahre altes NPD-Mitglied erließ das Amtsgericht in Lörrach gestern Nachmittag Haftbefehl. Die Bomben hätten in Freiburg detonieren sollen.

Laut ersten Ermittlungsergebnissen der Polizei hatte sich der 22 Jahre alte ehemalige Zeitsoldat und angehende Altenpfleger seit Monaten neben allerlei Fachliteratur zum Bombenbau auch verschiedene Chemikalien im Internet bestellt. Zudem beschlagnahmten die Ermittler Züandschnüre sowie Bauteile zum Herstellen von Rohrbomben und für Fernzündungen. In zwei bis vier Stunden hätte der junge Mann die Materialien zu einer tödlichen Bombe zusammen bauen können, erklärte gestern die Polizeidi-

rektion in Lörrach. Der Zugriff gelang wohl in letzter Minute. Und die Wirkung hätte verheerend sein können. Sowohl Staatsanwaltschaft als auch Polizei gehen davon aus, dass die Sprengkraft gereicht hätte, um etliche Menschen zu verletzen oder gar zu töten.

**Mutmaßliches Ziel:
DGB- und ver.di-Büro**

Oberstaatsanwalt Otto Bürgelin bestätigte gestern gegenüber der Presse, dass der 22 Jahre alte Neonazi wohl einen Anschlag auf das alternative Kulturzentrum KTS in Freiburg plante. Nach Informationen dieser Zeitung war auch Südbadens DGB-Bezirksvorsitzender Jürgen Höfflin als Anschlagziel ins Auge gefasst worden. Das gemeinsame Gewerkschaftsbüro des DGB und von ver.di in Freiburg wurde ausgespäht, doch sollte auch eine Bombe im Privathaus des DGB-Vorsitzenden explodieren, wenn ein Anschlag auf die KTS nicht gelänge.

Noch will die Polizei sich nicht festlegen, ob das 22 Jahre alte NPD-Mitglied allein gehandelt hat. Aus Ermittlungsgründen gab man sich gestern eher zugeknöpft. Nur soviel: Die Behörden haben eine zweistellige Zahl an militanten Neonazis im Visier. Darunter womöglich auch den NPD-Chef des Landkreises Lörrach, ein seit Jahrzehnten bekannter Neonazi aus Grenzach Wyhlen. Er soll, so die anonyme Anzeige, die am Sonntag bei der Staatsanwaltschaft Lörrach einging und die Razzia bei dem 22 Jahre alten Weiler erst in Gang brachte, tatkräftig beim Sprengstoffkauf geholfen haben.

Glaut man den Schreibern der anonymen Anzeige, führen die Spuren auch zu Neonazis nach Donaueschingen, Bad Krozingen, Laufenburg, Lörrach, Rheinfeldern, Ballrechten-Dottingen, Bayern und in die Schweiz. Das Landeskriminalamt Baden-Württemberg ist in die Ermittlungen eingeschaltet.



„Hatten bessere Infos als die Polizei“

Die Verhaftung des Weiler Bombenbastlers ist ein großer Coup für Freiburgs Autonome Antifa

VON UNSEREM REDAKTEUR
JOACHIM RÖDERER

Letztendlich mussten die Ermittler diese Woche nur noch die Handschellen klicken lassen. Der Weiler Bombenbastler aus der Neonazi-Szene wurde ihnen sozusagen auf dem Silbertablett serviert. Die Anzeige kam von Unbekannt. Wer den Fall aufgedeckt und bis in die Details hinein aufgelöst hat, ist dagegen bekannt: Freiburgs Autonome Antifa hat ganze Arbeit geleistet und so offenbar terroristische Pläne vereitelt.

Noch bevor die Ermittler in Lörrach zur Pressekonferenz eingeladen hatten, hatte die Antifa ein langes Communiqué ins Internet gestellt, das alle Hintergründe der Verhaftung auflistete und keine Fragen offen ließ. Hinter vorgehaltener Hand gaben die verblüfften Fahnder zu, dass die Angaben der „Autonomen Ermittler“ aus Freiburg gestimmt haben. Die bei der Hausdurchsuchung sichergestellten Mengen an Chemikalien hat die Antifa aufs Gramm genau und mit ihrer jeweili-

gen Bezeichnung im Internet aufgelistet. 22 Kilogramm Rohmaterial nämlich. Eine größere Menge ist bei Neonazis in Deutschland noch nie gefunden worden.

Ein Vertreter der Antifa, welcher der Redaktion namentlich bekannt ist, aber in der Zeitung anonym bleiben möchte, zeigte abgefangene E-Mails des jetzt verhafteten Neonazi. „Wir haben uns jetzt langsam strukturiert und gehen zum Gegenschlag über“, heißt es da. Ein anderes Mal bietet sich der jetzt festgenommene Bombenbastler an, inkognito einen Vortrag der Antifa in der Freiburger KTS zu besuchen. Das war im vergangenen Sommer. „Wir wissen nicht, ob er wirklich da war“, sagt der BZ-Gesprächspartner.

Für die Autonomen steht auch fest, dass die Neonazis Anschläge planten. Sie glauben auch nicht, dass es sich bei dem Weiler mit seiner Bomben-Idee um einen Einzeltäter handelt. Seine Absichten jedenfalls hat der 22-Jährige in Nachrichten an „Kameraden“ nicht verschleiert: Er wolle für den Erhalt und das Überlebensrecht seines Volkes kämpfen, „wenn nö-

tig später auch militant, selbst wenn ich dafür mein Leben opfern müsste“, schrieb er schon 2007, laut Mails, welche die Antifa gesichert hat.

Die Ermittlungsarbeit gegen Rechts, wie die Antifa sie mit Verve und Computerfachwissen betreibt, ist – natürlich – nicht legal. Man sehe sich aber dazu gezwungen, weil es sonst niemand tun würde, verteidigt der Gesprächspartner aus der Szene das Vorgehen. Er fragt: „Was macht eigentlich der Verfassungsschutz den ganzen Tag?“ Der Bombenbastler habe schließlich auf der Internetplattform SchülerVZ mit seinen Vorhaben geprahlt. „Wir hatten bessere Infos als die Polizei“, sagt der Mann aus der linken Szene.

Die Autonomen glauben, dass mit der Enttarnung des Weiler Rechtsradikalen der Neonaziszene ein schwerer Schlag beigebracht worden ist: Der Kopf sei erst einmal abgesägt. Aber es gebe noch andere Fälle, die unter Beobachtung stünden. Die Autonomen wollen am Ball bleiben: „Wir vertrauen der Polizei nicht, wir vertrauen nur uns selbst.“ *Siehe Seite 23*



Von: VVN Buero

[mailto:baden-wuerttemberg@vvn-bda.de]

Gesendet: Sonntag, 30. August 2009 15:41

An: baden-wuerttemberg@vvn-bda.de

Betreff: PM: Geplantes Bombenattentat mahnt zum NPD-Verbot



VVN - Bund der Antifaschisten
Landesvereinigung (VVN-BdA)
Baden-Württemberg e.V.
Böblinger Str. 195
70199 Stuttgart
tel 0711 603237 fax 0711 600718

Pressemitteilung VVN-BdA BaWü 30. August 2009

NPD-Jugendfunktionär plante Sprengstoffanschläge

Antifa-Recherche verhinderte Blutbad

VVN-BdA fordert Rücktritt von Innenminister Heribert Rech (CDU)

Der am 26. August 2009 in Lörrach festgenommene 22-jährige Thomas Baumann, Stützpunktleiter der Jungen Nationaldemokraten (JN, NPD-Nachwuchsorganisation) war im Begriff, einen Angriff mit Splitterbomben und Schusswaffen gegen Antifaschistinnen und Antifaschisten durchzuführen. Die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschisten (VVN-BdA) Baden-Württemberg fordert daher ein entschlossenes Vorgehen der Politik gegen den nazistischen Terror. Die Medien werden aufgerufen, endlich über die Gefahr der AntiAntifa-Attacken aufzuklären.

Nach Mitteilung der Polizei hätte die Bombe in nur wenigen Stunden fertig gestellt werden können. Durch die Festnahme ist ein möglicherweise unmittelbar bevorstehendes Blutbad verhindert worden. Hier werde eine neue Dimension von organisierter terroristischer Nazi-Gewalt sichtbar, die sofortiges Handeln auf allen Ebenen erforderlich mache, erklärt die VVN-BdA weiter.

Der unglaubliche politische Skandal bestehe darin, dass erst die Recherchen der Autonomen Antifa Freiburg dazu geführt hätten, die Behörden auf die Spur des Naziterroristen zu bringen. Verfassungsschutz und Polizei seien entweder ahnungslos oder schauten untätig zu, wie über Monate hinweg im NPD-Spektrum Bomben gebastelt werden. Dies unter Aufsicht eines Innenministers, der behauptet, dass die NPD in diesem Bundesland „sehr passiv aufträte“. Deswegen könne sich Baden-Württemberg an der Materialsammlung des Bundesinnenministeriums für ein NPD-Verbotsverfahren nicht beteiligen. Der Fall offenbart gleichzeitig, dass die V-Leute des Verfassungsschutzes innerhalb der NPD keinesfalls ein „Frühwarnsystem“ darstellen, wie Rech noch im März behauptet hatte.

Damit hatte er seine Weigerung begründet, die V-Leute abzuschalten, wie dies das Bundesverfassungsgericht gefordert hatte, um den Weg für ein Verbotsverfahren frei zu machen.

Wie die VVN-BdA feststellt, sei Minister Heribert Rech nicht willens oder nicht in der Lage, seinen Amtspflichten nachzukommen. Sie fordert dessen unverzüglichen Rücktritt. Alle Landtagsfraktionen und die Bundespolitik seien jetzt aufgefordert, an diesem Beispiel die Gefahren zu erkennen, die von der NPD und ihrem gewalttätigen neofaschistischen Umfeld ausgehen und alle politischen Mittel der Aufklärung sowie alle rechtlichen Mittel zu deren Verbot und Auflösung gemäß Artikel 139 GG auszuschöpfen.

Die Bundesorganisation VVN-BdA hatte im Dezember 2007 über 175.000 Unterschriften für die Einleitung eines erneuten NPD-Verbotsverfahrens gesammelt und dem Bundestagspräsidenten übergeben. Seitdem schlummert der Bürgerwille in den Katakomben des Reichstagsgebäudes, weil sich eine Reihe von CDU-geführten Landesregierungen weigern, V-Leute aus der NPD abzuziehen bzw. Material über die NPD-Machenschaften weiter zu geben und damit das Verbotsverfahren sabotieren.

Ministerpräsident Günther Oettinger wird unter Bezug auf den Vorgang von der VVN-BdA aufgefordert, die Initiative für das Wiederaufleben des ruhenden NPD-Verbotsverfahren zu ergreifen, alle V-Leute abziehen und die einschlägigen Akten an den Bund übermitteln zu lassen.

Um die als Standard-Reaktion geäußerten Einzeltäter-Vermutung zu widerlegen, genüge ein Blick in das Umfeld des Bombenbastlers, teilt die VVN-BdA weiter mit. Der Jung-Nazi war Mitglied im „Kampfbund Deutscher Sozialisten“, Zeitsoldat bei den Krisenreaktionskräften der Bundeswehr und ist jetzt Gruppenführer der Kameradschaft „Freie Kräfte Lörrach“ und Mitglied des JN-Landesvorstands mit engen Kontakten zu Alexander Neidlein, dem Landesgeschäftsführer und stellvertretenden NPD-Landesvorsitzenden in Baden-Württemberg. Baumann hat enge Verbindungen zur Münchner Neonazi-Szene, in deren Reihen er beim NPD-Aufmarsch am 1. Mai 2009 in Ulm gesichtet wurde. Attraktiv ist für ihn offenbar die Münchener „Kameradschaft Süd“ mit dem Nazi-Kader Martin Wiese, weil diese über Erfahrungen in bewaffneten Anti-Antifa-Aktivitäten verfügt. 2003 wurden dort ebenfalls Waffen und Sprengstoff besorgt mit der vermutlichen Absicht, diese zu Attentaten gegen jüdische und andere antifaschistische Mitbürgerinnen und Mitbürger einzusetzen. Martin Wiese wird im August 2010 aus der Justizvollzugsanstalt Bayreuth entlassen und hat in jüngster Zeit ein Comeback angekündigt.

siehe Webseite

VVN-BdA Bundesorganisation

www.vvn-bda.de/aktuelles/2009/20090830.html



Am 25. Februar erklärte der baden-württembergische Innenminister Rech in einer Presserklärung vollmundig: „Wir müssen die NPD politisch bekämpfen und gegenüber allen rechtsextremistischen Bestrebungen Flagge zeigen.“

Zwei Tage später hörte sich das dann aber anders an:

NPD: Am Tropf der Landesregierung

„Wenn ich alle meine verdeckten Ermittler aus den NPD-Gremien abziehen würde, dann würde die NPD in sich zusammenfallen“, so zitiert der Schwarzwälder Bote am 5.3. den Originalton des baden-württembergischen Innenministers auf einer Veranstaltung in Gechingen. Damit räumt Rech ein, dass die NPD im Lande durch den „Verfassungsschutz“ künstlich am Leben gehalten wird.

Während Rech also in Sonntagsreden dazu aufruft, die NPD „politisch zu bekämpfen“ wird sie von der CDU geführten Landesregierung und ihrem Geheimdienst künstlich beatmet.

Gleichzeitig verhindert die baden-württembergische Landesregierung mit ihrer Weigerung, diese V-Leute

Schluß mit dem Verwirrspiel, Herr Rech!

Warum beschützt der Innenminister die NPD?

zurückzuziehen, die Wiederaufnahme des NPD-Verbots-Prozesses.

Das Bundesverfassungsgericht hatte diesen Prozess 2003 eingestellt, weil bei der hohen Dichte von in der NPD wirkenden V-Leuten, nicht entscheidbar sei, welche der NPD Aktivitäten von dieser Partei selbst und welche von staatlichen Behörden initiiert seien.

Unterm Schirm des Verfassungsschutzes?

Während andere Bundesländer bereits angekündigt haben, ihre V-Leute aus diesem Grund abzuziehen, hält gerade Baden-Württembergs Innenminister unbeirrbar an ihnen fest und fällt damit den Verfassungsorganen, wie Bundesregierung, Bundestag und Bundesrat, die den Prozess angestrengt hatten, in den Rücken.

Offiziell begründet Rech dies damit, dass „der Verfassungsschutz in seiner

Funktion als Frühwarnsystem ohne Informanten aus dem Bereich des Rechtsextremismus massiv geschwächt würde“. Auf der anderen Seite verhindert er gleichzeitig systematisch, dass der Inlandgeheimdienst diese Funktion auch wahrnimmt. 2008 kündigte er im Bundestag an, Baden-Württemberg könne sich gar nicht an der Materialsammlung des Bundesinnenministeriums für ein NPD –Verbot beteiligen, da die NPD in diesem Bundesland „sehr passiv“ auftrete. Die VVN-Bund der Antifaschisten hat schon lange darauf

hingewiesen, dass die NPD weitgehend durch die „Honorare“ der V-Leute finanziert wird. V-Leute sind Faschisten mit V, d.h. sie arbeiten im Sinne ihrer faschistischen und rassistischen Politik in den Gremien und Gliederungen der NPD aktiv mit und schützen die Partei gleichzeitig vor dem längst fälligen Verbot“.

Gewollt vom Innenminister?

Laut seinen jüngsten Äußerungen ist dies dem Innenminister wohl bekannt. Ihm ist weder an einem Verbot noch an einer wirksamen Überwachung und schon gar nicht an der politischen Bekämpfung der NPD gelegen.

Ein Frühwarnsystem, das man weder einsetzt noch braucht, eine NPD, die zusammenbricht, wenn man das Frühwarnsystem aufgibt, ein Verbot, das man nicht will, weil es „lediglich Organisationsstrukturen beseitigen, nicht aber die NPD und ihre Anhänger“ beseitigen würde“ (Rech in der o.g. Presserklärung).

Was folgt daraus? Die weitere Existenz und Aktivität der NPD ist das politische Anliegen des Innenministers.

Besonders seine Doppelzüngigkeit macht diesen Innenminister untragbar. Auch das jetzt vom Bundesverfassungsgericht erst mal gestoppte neue Versammlungsgesetz hatte Rech unter der Behauptung auf den Weg gebracht, es erschwere neofaschistische Aufmärsche, während es in Wahrheit insbesondere eine Erschwernis von Protesten gegen solche Aufmärsche darstellt.

Damit ist klar: Dieser Innenminister will Faschismus und Rassismus nicht bekämpfen.

Grund genug für uns, unsere Kampagne für ein Verbot der NPD „NoNPD“, die 2007 von 165000 Menschen unterstützt wurde, auch in diesem Jahr fortsetzen mit der Forderung zu ergänzen : Ziehen Sie die V-Leute zurück, Herr Innenminister!

Dieter Lachenmayer



Sonntag, 30. August 2009, 23.00 Uhr

[VVN fordert Rücktritt von Rech](#)

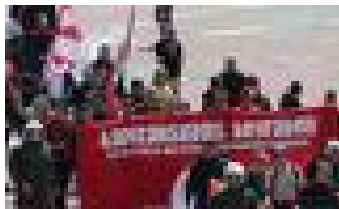
Südkurier - [Vor 4 Stunden]

... der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschisten (VVN-BdA) den **Rücktritt** von Baden-Württembergs Innenminister Heribert **Rech** (CDU) gefordert. ...

[VVN fordert Rücktritt von Rech](#)

Bild.de - [Vor 5 Stunden]

... der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschisten (VVN-BdA) den **Rücktritt** von Baden-Württembergs Innenminister Heribert **Rech** (CDU) gefordert. ...



[VVN/BdA](#)

[NPD-Jugendfunktionär plante Sprengstoffanschläge - Antifa ...](#)

VVN/BdA - [Vor 5 Stunden]

... sei Minister Heribert **Rech** nicht willens oder nicht in der Lage, seinen Amtspflichten nachzukommen. Sie fordert dessen unverzüglichen **Rücktritt**. ...

[VVN-bda: Nach geplantem Sprengstoffanschlag Rücktritt von ...](#)

Stattweb.de - [Vor 5 Stunden]

... sei Minister Heribert **Rech** nicht willens oder nicht in der Lage, seinen Amtspflichten nachzukommen. Sie fordert dessen unverzüglichen **Rücktritt**. ...



VVN fordert Rücktritt von Rech

SONNTAG, 30. AUGUST 2009, 18:00 UHR

Stuttgart (dpa/lsw) - Nach der Festnahme eines rechtsextremen mutmaßlichen Bombenbauers hat die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschisten (VVN-BdA) den Rücktritt von Baden-Württembergs Innenminister Heribert Rech (CDU) gefordert. Die linksextreme VVN warf Rech am Sonntag in Stuttgart vor, der Festgenommene sei nicht durch die Arbeit von Ermittlern entdeckt worden. Vielmehr hätten die Recherchen der «Autonomen Antifa» in Freiburg die Behörden auf die Spur des Mannes gebracht worden, den die VVN «Naziterrorist» nannte. Verfassungsschutz und Polizei seien entweder ahnungslos oder schauten untätig zu, wie über Monate hinweg im NPD-Spektrum Bomben gebastelt würden. Deshalb sei der Minister nicht mehr länger tragbar.



<http://www.suedkurier.de/news/baden-wuerttemberg/badenwuerttemberg/Extremismus-Kriminalitaet;art330342,3921337>

30.08.2009

Stuttgart

VVN fordert Rücktritt von Rech

Nach der Festnahme eines rechtsextremen mutmaßlichen Bombenbauers hat die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschisten (VVN-BdA) den Rücktritt von Baden-Württembergs Innenminister Heribert Rech (CDU) gefordert.

Die linksextreme VVN warf Rech am Sonntag in Stuttgart vor, der Festgenommene sei nicht durch die Arbeit von Ermittlern entdeckt worden. Vielmehr hätten die Recherchen der «Autonomen Antifa» in Freiburg die Behörden auf die Spur des Mannes gebracht worden, den die VVN «Naziterrorist» nannte. Verfassungsschutz und Polizei seien entweder ahnungslos oder schauten untätig zu, wie über Monate hinweg im NPD-Spektrum Bomben gebastelt würden. Deshalb sei der Minister nicht mehr länger tragbar.



30. August 2009 18:14

<http://www.ka-news.de/nachrichten/baden-wuerttemberg/VVN-fordert-Ruecktritt-von-Rech;art88,260415,0>

Extremismus Kriminalität

VVN fordert Rücktritt von Rech

Stuttgart (dpa/lsw) - Nach der Festnahme eines rechtsextremen mutmaßlichen Bombenbauers hat die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschisten (VVN-BdA) den Rücktritt von Baden-Württembergs Innenminister Heribert Rech (CDU) gefordert.

Die linksextreme VVN warf Rech am Sonntag in Stuttgart vor, der Festgenommene sei nicht durch die Arbeit von Ermittlern entdeckt worden. Vielmehr hätten die Recherchen der «Autonomen Antifa» in Freiburg die Behörden auf die Spur des Mannes gebracht worden, den die VVN «Naziterrorist» nannte. Verfassungsschutz und Polizei seien entweder ahnungslos oder schauten untätig zu, wie über Monate hinweg im NPD-Spektrum Bomben gebastelt würden. Deshalb sei der Minister nicht mehr länger tragbar.



Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der AntifaschistInnen (VVN-BdA) Nazi-Terroristen das Handwerk legen! NPD-Verbot jetzt! Zusammenstehen gegen Faschismus und Krieg!



Pressemitteilung der VVN-BdA Baden-Württemberg 30. August 2009

- **NPD-Jugendfunktionär plante Sprengstoffanschläge**
- **Antifa-Recherche verhinderte Blutbad**
- **VVN-BdA fordert Rücktritt von Innenminister Heribert Rech (CDU)**

Der am 26. August 2009 in Lörrach festgenommene 22-jährige Thomas Baumann, Stützpunktleiter der Jungen Nationaldemokraten (JN, NPD-Nachwuchsorganisation) war im Begriff, einen Angriff mit Splitterbomben und Schusswaffen gegen Antifaschistinnen und Antifaschisten durchzuführen. Die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschisten (VVN-BdA) Baden-Württemberg fordert daher ein entschlossenes Vorgehen der Politik gegen den nazistischen Terror. Die Medien werden aufgerufen, endlich über die Gefahr der AntiAntifa-Attacks aufzuklären.

Nach Mitteilung der Polizei hätte die Bombe in nur wenigen Stunden fertig gestellt werden können. Durch die Festnahme ist ein möglicherweise unmittelbar bevorstehendes Blutbad verhindert worden. Hier werde eine neue Dimension von organisierter terroristischer Nazi-Gewalt sichtbar, die sofortiges Handeln auf allen Ebenen erforderlich mache, erklärt die VVN-BdA weiter.

Der unglaubliche politische Skandal bestehe darin, dass erst die Recherchen der Autonomen Antifa Freiburg dazu geführt hätten, die Behörden auf die Spur des Naziterroristen zu bringen. Verfassungsschutz und Polizei seien entweder ahnungslos oder schauten unätig zu, wie über Monate hinweg im NPD-Spektrum Bomben gebastelt werden. Dies unter Aufsicht eines Innenministers, der behauptet, dass die NPD in diesem Bundesland „sehr passiv aufträte“. Deswegen könne sich Baden-Württemberg an der Materialsammlung des Bundesinnenministeriums für ein NPD-Verbotsverfahren nicht beteiligen. Der Fall offenbart gleichzeitig, dass die V-Leute des Verfassungsschutzes innerhalb der NPD keinesfalls ein „Frühwarnsystem“ darstellen, wie Rech noch im März behauptet hatte. Damit hatte er seine Weigerung begründet, die V-Leute abzuschalten, wie dies das Bundesverfassungsgericht gefordert hatte, um den Weg für ein Verbotsverfahren frei zu machen.

Wie die VVN-BdA feststellt, sei Minister Heribert Rech nicht willens oder nicht in der Lage, seinen Amtspflichten nachzukommen. Sie fordert dessen unverzüglichen Rücktritt. Alle Landtagsfraktionen und die Bundespolitik seien jetzt aufgefordert, an diesem Beispiel die Gefahren zu erkennen, die von der NPD und ihrem gewalttätigen neofaschistischen Umfeld ausgehen und alle politischen Mittel der Aufklärung sowie alle rechtlichen Mittel zu deren Verbot und Auflösung gemäß Artikel 139 GG auszuschöpfen.

Die Bundesorganisation VVN-BdA hatte im Dezember 2007 über 175.000 Unterschriften für die Einleitung eines erneuten NPD-Verbotsverfahrens gesammelt und dem Bundestagspräsidenten übergeben. Seitdem schlummert der Bürgerwille in den Katakomben des Reichstagsgebäudes, weil sich eine Reihe von CDU-geführten Landesregierungen weigern, V-Leute aus der NPD abzuziehen bzw. Material über die NPD-Machenschaften weiter zu geben und damit das Verbotsverfahren sabotieren.

Ministerpräsident Günther Oettinger wird unter Bezug auf den Vorgang von der VVN-BdA aufgefordert, die Initiative für das Wiederaufleben des ruhenden NPD-Verbotsverfahrens zu ergreifen, alle V-Leute abzuziehen und die einschlägigen Akten an den Bund übermitteln zu lassen.

Um die als Standard-Reaktion geäußerten Einzel-täter-Vermutung zu widerlegen, genüge ein Blick in das Umfeld des Bombenbastlers, teilt die VVN-BdA weiter mit. Der Jung-Nazi war Mitglied im „Kampfbund Deutscher Sozialisten“, Zeitsoldat bei den Krisenreaktionskräften der Bundeswehr und ist jetzt Gruppenführer der Kameradschaft „Freie Kräfte Lörrach“ und Mitglied des JN-Landesvorstands mit engen Kontakten zu Alexander Neidlein, dem Landesgeschäftsführer und stellvertretenden NPD-Landesvorsitzenden in Baden-Württemberg. Baumann hat enge Verbindungen zur Münchner Neonazi-Szene, in deren Reihen er beim NPD-Aufmarsch am 1. Mai 2009 in Ulm gesichtet wurde. Attraktiv ist für ihn offenbar die Münchener „Kameradschaft Süd“ mit dem Nazi-Kader Martin Wiese, weil diese über Erfahrungen in bewaffneten Anti-Antifa-Aktivitäten verfügt. 2003 wurden dort ebenfalls Waffen und Sprengstoff besorgt mit der vermutlichen Absicht, diese zu Attentaten gegen jüdische und andere antifaschistische Mitbürgerinnen und Mitbürger einzusetzen. Martin Wiese wird im August 2010 aus der Justizvollzugsanstalt Bayreuth entlassen und hat in jüngster Zeit ein Comeback angekündigt.



Foto: hagall

Soll es erst wieder soweit kommen?

Bei dem Bombenattentat zum Münchener Oktoberfest am 26. September 1980 wurden mit einer Bombe 13 Besucher getötet und 219 zum Teil schwer verletzt. Der bis heute unaufgeklärte aber begründete Verdacht richtet sich an die Adresse der terroristischen Nazi-Truppe »Wehrsportgruppe Hoffmann« und an die NATO-Geheimarmee »Gladio«.

. und Karlsruhe?

Was hat das mit Karlsruhe zu tun? Eine ganze Menge.

In Durlach / Badener Str. 34 wollte die NPD im Verein mit gewalttätigen Nazis der „Freien Kameradschaften“ im März letzten Jahres ein „Nationales Zentrum“ einrichten. Dort sollten u. a. Schulungen gemacht werden. Jetzt wissen wir, welcher Art der Schulstoff auch gewesen wäre, z.B. „Wie bastele ich mir eine Bombe gegen linke Zecken?“ Die VVN-BdA Karlsruhe hat davor gewarnt, dass hier ein SA-Sturmlokal im Nazi-Stil der 30er Jahre errichtet werden soll. Das haben einige als Übertreibung empfunden. Jetzt wissen wir, wie gefährlich es wirklich ist, wenn der NPD und ihrem Umfeld ein Fussbreit gelassen wird.



Mehr als 600 protestierten am 25. April 2008 in Karlsruhe Durlach vor dem Haus Badener Str. 34 und blockierten die B3 für eine Stunde!

Das Sturmlokal wurde durch einen breiten zivilgesellschaftlichen Protest (s. Bild) bis heute verhindert. Es kommt jetzt mehr denn je auf gemeinsames bürgerschaftliches Engagement und antifaschistische Zivilcourage an.

Sie können selber etwas tun! Arbeiten Sie mit im Antifaschistischen Aktionsbündnis Karlsruhe (AAKA) und in der Durlacher Initiative „Kein Platz für Nazis“. Infos, u.a. über die AAKA-Arbeit und über Sitzungstermine www.antifa-buendnis-ka.de



Badische Neueste Nachrichten
Montag, 31. August 2009
SÜDWESTECHO Seite 6

VVN fordert Rücktritt von Rech

Stuttgart (dpa/lsw). Nach der Festnahme eines rechtsextremen mutmaßlichen Bombenbauers hat die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten (VVN-BdA) den Rücktritt von Baden-Württembergs Innenminister Heribert Rech (CDU) gefordert. Die linksextreme VVN warf Rech vor, der Festgenommene sei nicht durch die Arbeit von Ermittlern entdeckt worden. Vielmehr hätten die Recherchen der „Autonomen Antifa“ in Freiburg die Behörden auf die Spur des Mannes gebracht worden. Verfassungsschutz und Polizei seien entweder ahnungslos oder schauten untätig zu, wie über Monate hinweg im NPD-Spektrum Bomben gebastelt würden. Deshalb sei der Minister nicht mehr länger tragbar.

Der in Lörrach festgenommene 22-Jährige soll nach Angaben der Polizei Bombenanschläge geplant und Waffen gehortet haben. Die VVN bezeichneten ihn als Stützpunktleiter der Jungen Nationaldemokraten, der einen Angriff auf Antifaschisten geplant habe. Ermittler rätselten am Wochenende noch über das Motiv des Bombenbauers und mögliche Mitwisser.



LKA steigt in Ermittlungen gegen Weiler Neonazi ein

Jetzt ermittelt das LKA: Nach der Festnahme des Rechtsextremen aus Weil am Rhein, dessen Bombenbau-Pläne rechtzeitig vereitelt wurden, hat das Landeskriminalamt das Ruder übernommen. Die Ermittlungsgruppe heißt: Chemie.

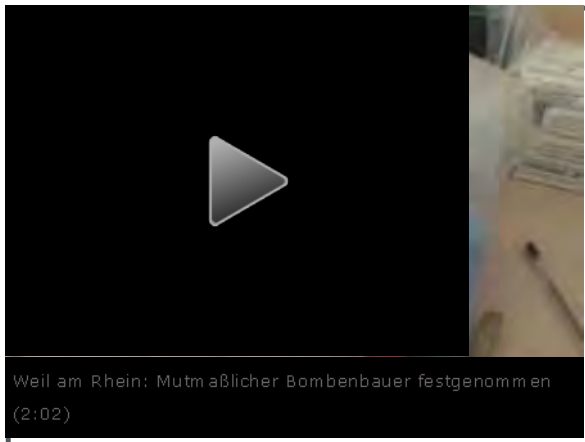
Die LKA-Experten arbeiten dabei mit der Polizeidirektion Lörrach zusammen, wie ein Sprecher des Landeskriminalamtes am Montag in Stuttgart mitteilte. Ungeklärt sei nach wie vor, ob es sich bei dem verhafteten 22-jährigen Mann um einen Einzeltäter handelt oder ob er Mitwisser in der rechten Szene gehabt hat. Nach BZ-Informationen gab es aber offenbar den ein oder anderen, der für den Verhafteten chemische Stoffe bestellt hat.

Der am Mittwoch festgenommene Neonazi soll Bombenanschläge geplant und Waffen gehortet haben. Der 22-Jährige sitzt in Untersuchungshaft und macht bisher keine Angaben zu den Vorwürfen.

Unterdessen hat die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten (VVN-BdA) den Rücktritt von Innenminister Heribert Rech (CDU) gefordert. Die VVN wirft Rech vor, nicht die Arbeit von Ermittlern, sondern Recherchen der "Autonomen Antifa" in Freiburg hätten die Behörden auf die Spur des Mannes gebracht.



Der Rechtsextreme aus Weil am Rhein, in dessen Wohnung Material zum Bombenbau gefunden wurde, war auch in einer Lörracher Skinheadgruppe aktiv. | Foto: Bernd Thissen



Autor: dpa

Aktuell: [Antifa spähte Weiler Neonazi aus – und kritisiert Polizei](#)

Hintergrund: [NPD-Jugendorganisation ist in Baden bisher kaum präsent](#)

Rückblick: [Rechtsextremer hätte Bombe bauen können](#)

VVN fordert Rücktritt von Innenminister Rech

STUTTGART (dpa). Nach der Festnahme des mutmaßlichen Bombenbauers aus Weil am Rhein hat die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten (VVN-BdA) den Rücktritt von Innenminister Heribert Rech (CDU) gefordert. Die VVN warf Rech vor, nicht die Arbeit von Ermittlern, sondern Recherchen der „Autonomen Antifa“ in Freiburg hätten die Behörden auf die Spur des Mannes gebracht.

Printausgabe
Aus Land und Region
Seite 6



taz Montag, 31. August 2009

taz.de

<http://www.taz.de/1/debatte/kommentar/artikel/1/der-blinde-fleck/>

Bei rechtsextremen Bombenbauern lässt das Interesse schnell nach

Der blinde Fleck

KOMMENTAR VON DANIEL SCHULZ

Die Polizei nimmt einen potenziellen Bombenbauer fest, dessen Bastelei wahrscheinlich viele Menschen hätte töten können. Schon zwei Tage nach der Festnahme taucht das Thema kaum noch in den Medien auf. Was bei einem Islamisten schwer vorstellbar wäre, bei einem Rechtsextremen passiert es: Die Öffentlichkeit hat sich auf einen irren Einzeltäter geeinigt und fertig. Das ist fatal, weil so ein blinder Fleck entsteht, wo sich radikalisierte Jungmänner ungesehen bewegen können.

Der Fall Thomas B. ist eine gute Gelegenheit, überfällige Fragen zu diskutieren. Zwischen Sicherheitsbehörden und Journalisten gibt es den Konsens, dass eine "braune RAF" nicht existiert. Fraglich ist, ob das zu allem entschlossene Neonazis weniger gefährlich macht. Schließlich sind viele Terrorgruppen nicht streng hierarchisch wie eine Armee organisiert.

Nach dem geplanten Attentat auf das jüdische Gemeindezentrum in München im November 2003 ist es jetzt das zweite Mal, dass rechtsextremer Terror nur mit Glück verhindert wird. Weil ein Neonaziassteiger von seinen ehemaligen Kameraden zusammengeschlagen wurde, durchsuchte die Polizei damals Wohnungen und stieß dabei auf Sprengstoff. Im derzeitigen Fall ermittelte scheinbar vor allem die Freiburger Antifa und ließ die völlig überraschten Behörden an ihren Erkenntnissen teilhaben. Hier müsste diskutiert werden, ob Verfassungsschutz und Polizei ihre Prioritäten richtig setzen.

DER AUTOR

Daniel Schulz

ist Inlandsredakteur der taz.

Und zu guter Letzt bleibt zu fragen, weshalb ein Großteil der Öffentlichkeit angesichts islamistischer Terroristen eine ganze Religionsgemeinschaft unter Generalverdacht stellt, bei einem Rechtsextremen dagegen sofort den Einzeltäter erkennt. Viele weisen die Fähigkeit zur Barbarei gern dem als fremd Empfundene zu, sprechen die deutsche Mehrheitsgesellschaft jedoch davon frei. Solange kaum jemand das hinterfragt, wird es auch den blinden Fleck geben.

<http://www.taz.de/1/politik/deutschland/artikel/1/umherfliegende-stahlkugeln/>

Mutmaßlicher rechter Bombenbauer

Umherfliegende Stahlkugeln

Ein Sprengsatz des mutmaßlichen Bombenbauers aus Baden-Württemberg hätte viele Menschen töten können, sagt die Polizei. Die Splitterwirkung "wäre verheerend".

VON C. RATH, A. SPEIT & D. SCHULZ

Ein fertiger Sprengsatz des rechtsextremen mutmaßlichen Bombenbauers aus Baden-Württemberg hätte offenbar viele Menschen töten können. "Die Sprengkraft der Konstruktion kann mit der einer Handgrante verglichen werden", sagte Joachim Langanky, Sprecher der



Polizei im südbadischen Lörrach am Wochenende der taz. "Die Bombe hätte zu Toten und Schwerverletzten führen können. Die Splitterwirkung wäre verheerend gewesen."

Der Polizeisprecher erklärt auch warum: "Es wurde ein starkes Klebeband, so genanntes Gafferband, mit kleinen Stahlkugeln daran gefunden. Um eine Rohrbombe herumgewickelt, macht das den Sprengsatz bei einer Detonation für so genannte weiche Ziele wie Menschen äußerst gefährlich. Der Grund dafür ist, dass die Kugeln mit einer sehr großen Geschwindigkeit in alle Richtungen schießen."

Mehr zum Thema

Mutmaßlicher rechter Bombenbauer:
Umherfliegende Stahlkugeln

Rechtsextremismus:

Neonazi doch kein Einzeltäter?

Rechtsextremismus:

Neonazi kaufte Material für Bomben

In der anonymen Anzeige gegen den mutmaßlichen Bombenbauer Thomas B. aus Weil am Rhein werden Chemikalien aufgezählt, die der 22jährige Stützpunktleiter der NPD-Jugendorganisation Junge Nationaldemokraten über das Internet eingekauft hat. Insgesamt addiert sich das Gewicht der in der Mail aufgeführten Substanzen auf mehr als 22 Kilogramm.

Dazu fand die Polizei bei einer Durchsuchung am Mittwoch in B.s Haus Zündschnüre, elektrische Bauteile für Fernzünder und Komponenten zum Herstellen von Rohrbomben, sowie Fachliteratur zum Thema Sprengstoff. "Aus dem Material hätte man eine 5 Kilogramm schwere Bombe bauen können", sagte der für die Ermittlungen zuständige Lörracher Oberstaatsanwalt Otto Bürgelin. Polizeisprecher



Der Fund in B.s Haus: Zündschnüre, elektrische Bauteile für Fernzünder und Komponenten zum Herstellen von Rohrbomben. Foto: dpa

Langanky bestätigt diese Einschätzung und sagt, es hätten auch acht Kilogramm werden können. Laut Polizei hatte Thomas B. bereits angefangen die Zutaten zu mischen.

Weil so konkrete Pläne Rechtsextremer zum Bombenbau selten öffentlich werden, sind auch die Geheimdienste besorgt: "Wenn sich das bestätigt, fällt es eindeutig aus dem Rahmen", heißt es in Verfassungsschutzkreisen. Ein großer Sprengstoffanschlag war von Rechtsextremen zuletzt 2003 geplant worden. Damals wollte eine Gruppe um den Neonazi Martin Wiese den Bau einer jüdischen Synagoge in München verhindern. Die Polizei nahm die Täter vorher aber fest und fand bei ihnen unter anderem 1,7 Kilogramm des Sprengstoffs TNT.

Unklar ist derzeit unter anderem noch, ob der mutmaßliche Bombenbauer B. schon einmal versucht hat, die Vernichtungskraft seines Werks zu testen. Ende Juli fand ein Bauer bei Ettenheim, etwa 90 Kilometer von Weil am Rhein entfernt, beim Mähen einer Wiese eine Rohrbombe mit einem halben Kilo selbstgebasteltem Sprengstoff und abgebrannter Lunte. "Wir vergleichen die Bomben natürlich", sagt Polizeisprecher Langanky. Die Prüfung sei aber noch nicht abgeschlossen.



Von: VVN Buero [mailto:baden-wuerttemberg@vvn-bda.de]
Gesendet: Mittwoch, 2. September 2009 15:00
An: ilse.kestin@igmetall.de; Dietrich Schulze; Jochen Dürr
Betreff: WG:

VVN - Bund der Antifaschisten
Landesvereinigung Baden-Württemberg e.V.
Böblinger Str. 195
70199 Stuttgart
tel 0711 603237 fax 0711 600718

Von: Martin.Koerner@spd.landtag-bw.de [mailto:Martin.Koerner@spd.landtag-bw.de]
Gesendet: Montag, 31. August 2009 17:28
An: baden-wuerttemberg@vvn-bda.de
Betreff: AW:

Sehr geehrter Herr Lachenmayer,

vielen Dank für Ihre Nachricht. Unter <http://www.spd.landtag-bw.de/index.php?docid=4002>

finden Sie unsere Pressemitteilung vom 27. August zu demselben Thema.

Mit freundlichem Gruß,

Martin Körner
Fraktionsgeschäftsführer
SPD-Fraktion im Landtag von Baden-Württemberg
Konrad-Adenauer-Straße 12
70173 Stuttgart
Tel.: 0711 / 20 63 715
Fax: 0711 / 20 63 733
martin.koerner@spd.landtag-bw.de
www.spd.landtag-bw.de

Von: VVN Buero [mailto:baden-wuerttemberg@vvn-bda.de]
Gesendet: Montag, 31. August 2009 15:05
An: Post, SPD; Braun, Stephan; Reichelt, Sabine; Sckerl, Hans-Ulrich
Betreff:

VVN - Bund der Antifaschisten
Landesvereinigung Baden-Württemberg e.V.
Böblinger Str. 195
70199 Stuttgart
tel 0711 603237 fax 0711 600718

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

wir wollen Ihnen/Euch gerne den grade mal verhinderten Bombenanschlag von Nazis in Südbaden als Thema auch im Landtag ans Herz legen.

Innenminister Rech hat sich mehrfach sowohl seine vielen V-Leute in der Naziszene als auch die „Passivität“ der Südwest Nazis zugute gehalten und damit seine absolute Unwilligkeit, ein neues NPD-Verbotsverfahren zu befördern oder überhaupt was zu tun, begründet.

Der versuchte Bombenbau in Südbaden bringt nun zu Tage, dass auch die Südwest-Nazis nicht passiv, sondern brandgefährlich sind und dass Rechts V-Leute weder für politische Aufklärung sorgen noch schon gar nicht in der Lage sind, geplante Verbrechen aufzuklären oder zu verhindern.

Im Anhang übermitteln wir Ihnen/Euch unsere diesbezügliche Presserklärung.

Wir würden uns freuen, wenn das Thema Eingang in die Auseinandersetzungen im Landesparlament fände.

Mit antifaschistischen Grüßen

Dieter Lachenmayer



http://www.nrw.vvn-bda.de/texte/0556_wahlen.htm

Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes
Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten
Landesvereinigung NRW 01.09.09

siehe auch Gastkolumne in **unsere zeit**
Zeitung der DKP vom 4. September 2009
<http://www.dkp-online.de/uz/4136/s0202.htm>



Aufstieg mit Hilfe der Mitte

Die Rechten bei den Wahlen

Von Ulrich Sander

"Keine Rolle spielen die Rechtsparteien." Das teilte mir meine Heimatzeitung Westfälische Rundschau zum Dortmunder Wahlergebnis mit. Keine Rolle? DVU und NPD verloren, aber sie bekamen zwei Mandate und ca. 5000 Stimmen. Wenn am Samstag das große bundesweite "Antikriegstreffen" der Nazis in der Ruhrstadt sein soll, dann sind zahlreiche potentielle Mitmarschierer schon da. Deshalb rufen Antifaschistinnen und Antifaschisten zum bundesweiten Widerstand nach Dortmund. Das ewige Gerede der Etablierten: "Nazis bringen uns Imageschäden, beachtet sie nicht", das hat nichts gebracht. Nazis sind schon da. Wir müssen uns gegen sie stellen, gegen die Einheimischen wie auch die Einreisenden.

In Nordrhein-Westfalen hatte die NPD 738 Kommunal- und Kreistagskandidaten aufgegeben. Elf davon waren erfolgreich, hinzu kommen weitere 25 erfolgreiche Neonazis und Rassisten, so von Reps und pro-NRW. Sie wurden weniger, aber es sind immer noch zu viele. Auch in Sachsen bei der Landtagswahl wurde die NPD reduziert, aber sie konnte triumphal mitteilen, dass es erstmals einer NSDAP-Nachfolgepartei möglich war, zum zweiten Mal in den Landtag einzuziehen. "Wir sind eine Partei aus der Mitte des Volkes." tönten sie im TV. Sie sind eine Partei, die ihren Aufstieg der Mitte verdankt, die in Gestalt der CDU in Sachsen besonders heftig den Nazis hilft. Kein Bundesland hat wie Sachsen mit seiner "Antitotalitarismus"-Politik so sehr den Nazis genutzt, die - den linken Antinazis gleichgestellt - aufgewertet und reingewaschen werden.

Die Nazistimmen des letzten Wahlsonntags, das sind keine Proteststimmen gegen die Krise. Wer nach jahrelanger Aufklärung, nach den Erfahrungen der Geschichte noch immer rassistischen Hetzern und Nazi-Gewalttätern folgt, der verdient kein Verständnis. Der muss auch wissen, dass zu den Leuten, die sich da am kommenden Samstag in Dortmund zusammenrotten wollen, auch jener Thomas Baumann aus Weil am Rhein gehört, der nun verhindert ist: Kurz vor der Wahl wurde er nach Hinweisen von Antifaschisten als Bombenbauer und NPD-Funktionär festgenommen; er hat eine umfangreiche Bombenküche betrieben. Nicht die Polizei, sondern antifaschistische Aufmerksamkeit verhinderte ein Blutbad. Die Öffentlichkeit erfuhr davon wenig. Ja, wenn es islamistische Sauerländer und Bahn-Benutzer mit unbrauchbareren Bomben gewesen wären, dann wäre das Geschrei groß gewesen und zur Kriegshetze missbraucht worden, aber nun war es ein NPD-Mann, der sich in die Reihe der Täter mit bisher 120 Todesopfern der Rechten einreihen wollte. Medien und Behörden spielten das herunter - wie leider oft.

So bleibt uns die Aufgabe, gegen die Nazis auf die Straße zu gehen und für ihr Verbot zu wirken, so am kommenden Samstag in Dortmund und mittels der Kampagne der VVN-BdA "NoNPD". Auch mit der Kampagne "Keine Nazis und andere Rassisten in die Parlamente", - denn die nächste Wahl steht bevor.

Pforzheimer Rundschau

Freie Presse - Unabhängig von Politik und Wirtschaft

Online-Zeitung

<http://pforzheimer-rundschau.de/redirect.php?Leserbriefe/VVN+warnt%3A+NPD-Mann+plante+offenbar+Bombenanschlaege>

VVN warnt:

NPD-Mann plante offenbar Bombenanschläge

01.09.2009 - 19:38

Es folgt der vollständige Text

der Pressemitteilung VVN-BdA BaWü 30. August 2009



04.09.2009, 17:48 Uhr

Interview zum "Nationalen Antikriegstag" in Dortmund


http://www.wdr.de/themen/politik/nrw/rechtsextremismus/demo_dortmund/interview_090904.jhtml?rubrikenstyle=politik

"Probleme mit Neonazis lange verkannt"

Zum vierten Mal seit 2005 haben Neonazis für Samstag (05.09.09) zum sogenannten Nationalen Antikriegstag in Dortmund aufgerufen. WDR.de sprach mit dem Sozialwissenschaftler Alexander Häusler über Dortmunds Stellenwert für die Szene.

Nicht erst nach den Krawallen am 1. Mai 2009 gilt Dortmund als ein Zentrum der Neonazi-Szene in Nordrhein-Westfalen. Bereits zum fünften Mal in Folge haben Rechte und Rechtsextreme für den 5. September 2009 zum sogenannten "Nationalen Antikriegstag" aufgerufen. Am Freitag (04.09.09) hob das Bundesverfassungsgericht ein Verbot der Veranstaltung auf. Das Oberverwaltungsgericht Münster hatte das Verbot der Nazi-Demo durch den Dortmunder Polizeipräsidenten Hans Schulze zuvor bestätigt.

WDR.de sprach mit dem Sozialwissenschaftler Alexander Häusler von der "Arbeitsstelle Neonazismus" an der Fachhochschule Düsseldorf über Dortmunds Stellenwert für die Neonazi-Szene, die Möglichkeiten demokratischen Widerstands und die Vereinnahmung nationaler Gedenktage durch rechte Gruppen.

WDR.de: Die Veranstalter der Dortmunder Neonazi-Demo sind durch alle rechtlichen Instanzen gegangen. Wie weit hätten sie sich aber letztlich von einem Verbot beeinflussen lassen?

Alexander Häusler: Wenn die Gerichte dabei geblieben wären, würde vermutlich angesichts großer Polizeipräsenz in Dortmund wohl nichts an rechten Demonstrationen laufen. Das heißt aber nicht, dass das Thema dann vom Tisch wäre - die Neonazi-Szene sucht sich dann Ausweichmöglichkeiten. Das ändert nichts an der Bedeutung, die Dortmund insgesamt für die Szene hat.

WDR.de: Wie groß ist die Sogwirkung solcher Nazi-Aufmärsche?

Häusler: Die haben eine absolut große Sogwirkung. Das zeigt schon die Geschichte dieser Aufmärsche in Dortmund. Dortmund ist eigentlich schon seit dem Jahr 2000 ein Zentrum der Neonazi-Aufmärsche in Nordrhein-Westfalen. Den so genannten "Nationalen Antikriegstag", also der Versuch, den Antikriegstag unter rechtsextremen Prämissen nationalistisch "umzudeutschen", gibt es seit 2005. Beim ersten "Nationalen Antikriegstag", den die Neonazi-Szene veranstaltet hat, waren es 200 Teilnehmer. Im September 2008 waren es schon zwischen 1.000 und 1.300 Teilnehmer aus dieser militanten Neonazi-Szene.

WDR.de: Wirken in diesem Jahr vielleicht auch die Krawalle vom 1. Mai 2009 nach?

Häusler: Die Ereignisse vom 1. Mai 2009 haben nicht nur die Lokalpolitik dort mal richtig wach gerüttelt. Man muss leider sagen, dass die Dimension dieses Problems in Dortmund lange Zeit verkannt wurde. Ein örtlicher Führer der Neonazi-Szene hat mal gesagt, "Dortmund hat nicht 'kein Problem mit Neonazis', sondern Dortmund hat Neonazis und kein Problem damit." Die Neonazis fühlen sich stark genug, Dortmund als ihre Stadt anzusehen. Seit den Angriffen der Neonazis auf Gewerkschaftsdemonstrationen und Polizisten am 1. Mai 2009 sind viele Leute wach geworden, die das vorher nicht in dieser Dimension wahrgenommen haben.



Neonazis wollen Flagge zeigen

WDR.de: Spielt auch die aktuelle Wirtschaftskrise bei Zulauf und Akzeptanz für die Rechten eine Rolle?

Häusler: Nicht unbedingt die Wirtschaftskrise. Ein Stück weit ist der Zulauf zu den Rechten das Ergebnis einer Krise der politischen Repräsentanz. Das sehen wir ja auch ganz banal daran, wie viele Wähler an der letzten Kommunalwahl überhaupt noch teilgenommen haben. Es gibt also insgesamt eine Unzufriedenheit, und es gibt natürlich auch die Vorstellung, dass soziale, wirtschaftliche Probleme nicht genügend Berücksichtigung in der Politik finden. Aber hier beim "Nationalen Antikriegstag" geht es ja ganz konkret um den Versuch, einen Gedenktag von rechts zu besetzen. Und das hat auch was mit der vorherrschenden Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus zu tun. Wenn wir uns anschauen, was zum 70. Jahrestag des deutschen Überfalls auf Polen offiziell stattfindet, dann ist das nicht besonders viel. Und darin drückt sich eine Ermüdung der Politik zu diesem Thema aus. Die rechte Seite versucht, dies nationalistisch umzudeuten, und damit den Geschichtsdiskurs für sich selber zu nutzen. Das ist eine gefährliche Entwicklung.

WDR.de: In Dortmund hat sich ein breites Bündnis mit einem Friedensfest gegen den Nazi-Aufmarsch formiert. Was bringen solche Gegenveranstaltungen?

Häusler: Dazu muss man zwei Dinge sagen: Wenn man sich anschaut, dass im letzten Jahr die offizielle Gegenmobilisierung die Teilnehmerzahl der Nazis unterschritten hat, ist das eine sehr dramatische Entwicklung, bei der was schief läuft. Dass nun die Verantwortlichen in Dortmund, vom Oberbürgermeister über die Kirchen, Gewerkschaften bis hin zu antifaschistischen Initiativen dies erkannt haben, ist absolut positiv zu sehen. Und es ist notwendig, deutlich zu machen, dass hier die Aufmarschpolitik der Neonazis durchbrochen werden soll. Man darf aber nicht dabei stehen bleiben und nur auf diese Gedenktage schauen. Es muss im Alltag der Kommune deutlich werden, dass man sich aktiv gegen die Entwicklungen in der Neonazi-Szene wendet. Es muss im Alltag Unterstützung einer lebendigen, antifaschistischen Zivilgesellschaft geben. Und das muss sich auch niederschlagen in Schulen oder Jugendzentren, um dort den Nazis das Wasser abzugraben. Genau dort haben die die Demonstration nämlich sehr intensiv vorbereitet.



PRESSEMITTEILUNG NR. 285/2009

4. September 2009



Uli Sckerl: "Polizei und Verfassungsschutz – weggeschaut oder ahnungslos?"

NPD-Bombenbastler wohl kein Einzeltäter



Der Fall des rechtsextremen Bombenlegers aus Südbaden offenbart für die Grünen im Landtag schwere Versäumnisse von Ermittlungsbehörden und Landesamt für Verfassungsschutz. "Dieser Vorgang ist einmalig im Land, die Verhaftung eines offensichtlich zu einem Anschlag entschlossenen Attentäters wurde nur durch die Aufmerksamkeit einer politischen Gruppierung möglich. Polizei und Landesamt waren entweder ahnungslos oder haben weggeschaut. Das muss jetzt dringend aufgeklärt werden, denn die Öffent-

lichkeit hat ein Anrecht zu erfahren, was und warum das so gründlich schief gelaufen ist", fordert der innenpolitische Sprecher Uli Sckerl.

Um diese Aufklärung voranzutreiben, haben die Grünen jetzt einen Antrag eingereicht. Innenminister Rech höchstpersönlich sei in den vergangenen Monaten nicht müde geworden, zum einen die Gefahren durch Rechtsextremisten und Neonazis im Lande als gering darzustellen, zum anderen die Tätigkeit seiner V-Leute und das vom Landesamt insgesamt installierte "Frühwarnsystem" über den grünen Klee zu loben.

"Und dann das: Bei einem Fall mit dieser Tragweite passiert dann eine derartige Panne, von einem funktionierenden Frühwarnsystem kann ja wohl nicht die Rede sein", kritisiert der Grünen-Abgeordnete weiter. Beim Bombenbastler handle es sich immerhin um einen öffentlich agierenden Funktionär der NPD, nicht um einen Einzelgänger, der im Verborgenen tätig war. Die Grünen fordern neben der Aufklärung der peinlichen Panne Auskünfte über das Umfeld des Bombenbauers. Nichts spreche für einen Einzeltäter, vieles dagegen für ein Umfeld und Netzwerk. Unter Umständen müsse man von einer terroristischen Vereinigung von Rechtsextremisten ausgehen, das müsse mit aller Energie aufgeklärt werden.

Vom Innenminister fordern die Landtagsgrünen zudem eine sofortige Korrektur seiner Politik gegen rechtsextremistische Bestrebungen und Organisationen im Land. "Kleinreden zählt jetzt nicht mehr, es ist bundesweit kein Fall aus den vergangenen Jahren bekannt, von dem eine derartige Anschlagsgefahr ausging wie dieser in Südbaden", so Sckerl. Dies müsse auch klare Konsequenzen für die Haltung zur NPD haben. Sckerl: "Wenn ein NPD-Funktionär Bomben bastelt, stellt sich die Verbotsfrage in einem neuen Licht. Die Landesregierung müsse ihre laxen Haltung hierzu jetzt aufgeben."



<http://www.badische-zeitung.de/suedwest-1/bombenbauer-aus-weil-am-rhein-beschaefigt-landtag--19121420.html>

04. September 2009 15:35 Uhr von: dpa

"Schwere Versäumnisse"

Bombenbauer aus Weil am Rhein beschäftigt Landtag

Der rechtsextreme mutmaßliche Bombenbauer aus Weil am Rhein beschäftigt nun auch den Landtag. Die oppositionellen Grünen werfen den Ermittlern und Verfassungsschützern schwere Versäumnisse im Kampf gegen die Neo-Nazi-Szene vor.

Die Polizei sei erst wenige Tage vor der Festnahme des Mannes durch eine anonyme Anzeige aufmerksam geworden.

"Es brauchte einen Hinweis aus der linken Szene, um die Polizei auf die richtige Spur zu führen", kritisierte der innenpolitische Sprecher der Landtags-Grünen, Hans-Ulrich Sckerl, in Stuttgart. Der vor über einer Woche festgenommene 22-Jährige soll Bombenanschläge geplant und Waffen gehortet haben. Unklar ist bisher sein Motiv und die Frage, ob der Mann [Mitwisser](#) hatte.

"Polizei und Landesamt waren entweder ahnungslos oder haben weggeschaut", kritisierte Sckerl. Von einem funktionierenden Frühwarnsystem könne nicht die Rede sein, sagte der Grünen-Politiker. In einem Landtagsantrag forderte er weitere Auskünfte von der Regierung.

Als sogenannter Stützpunktleiter der Lörracher "Jungen Nationaldemokraten" hätte die Polizei den jungen Mann kennen müssen. Außerdem soll es bereits im vergangenen März erste Hinweise auf Chemikalienkäufe des Neonazis im Internet gegeben haben.

Es spreche einiges dafür, dass der Rechtsextreme ein Umfeld und Netzwerk gehabt habe, meinte Sckerl. "Unter Umständen muss man von einer terroristischen Vereinigung von Rechtsextremisten ausgehen" warnte er und forderte eine neue Debatte über ein Verbot der NPD: "Wenn ein NPD-Funktionär Bomben bastelt, stellt sich die Verbotsfrage in einem neuen Licht."

Bislang geht die Polizei davon aus, dass Einrichtungen der linksgerichteten Szene in der Region mögliche Anschlagziele für den Mann gewesen sein könnten. Die sogenannte Antifa hatte ausführlich über den mutmaßlichen Bombenbauer im Internet berichtet und private Details veröffentlicht.

Das Landeskriminalamt hat den Vorfall bislang als einen absoluten Einzelfall bezeichnet. Erfahrungen der vergangenen Jahre zeigten keineswegs, dass es eine Entwicklung hin zu einer stärkeren Brutalität junger Rechtsextremer gebe.

Badische  Zeitung



Die in Weil am Rhein sichergestellten Chemikalien zur Herstellung von Bomben. | Foto: dpa

suedkurier.de

<http://www.suedkurier.de/region/hochrhein/weil-am-rhein/Neonazi-Bombenbauer-Politiker-kritisieren-Polizei;art416016,3928441>

04.09.2009

Weil am Rhein

Neonazi-Bombenbauer: Politiker kritisieren Polizei

Der Neonazi-Bombenbauer aus Weil am Rhein beschäftigt nun auch den Landtag. Politiker von Grünen und SPD werfen der Polizei schwere Versäumnisse vor. Die Polizei sei erst kurz vor der Festnahme des Mannes durch eine anonyme Anzeige aufmerksam geworden.



Staatsanwalt Otto Bürgerlin mit den sichergestellten Chemikalien.
Foto: Susanna Kurz

Die oppositionellen Grünen und die SPD-Fraktion werfen den Verfassungsschützern und Ermittlern in zwei Anfragen „schwere Versäumnisse“ im Kampf gegen die Neo-Nazi-Szene vor.

„Es brauchte einen Hinweis aus der linken Szene, um die Polizei auf die richtige Spur zu führen“, kritisierte der innenpolitische Sprecher der Landtags-Grünen, Hans-Ulrich Sckerl, am Freitag in Stuttgart. Der vor über einer Woche festgenommene 22-Jährige soll Bombenanschläge geplant haben. Unklar ist bisher sein Motiv und die Frage, ob der Mann Mitwisser hatte.

„Es ist ein Skandal, dass hier erst die Antifa-Gruppe das entscheidende Material für die Polizei geliefert hat“, meinte auch Stephan Braun, SPD-Fraktionssprecher für Verfassungsschutz. Seine Partei will zudem wissen, welche Verbindungen es zwischen dem mutmaßlichen Bombenbauer und der rechtsextremen NPD gibt. „Hier zeigt sich, wie kurz der Weg ist von der NPD zum Terrorismus“, sagte Braun.

Von einem funktionierenden Frühwarnsystem könne nicht die Rede sein, sagte Grünen-Politiker Sckerl. Als sogenannter Stützpunktleiter der Lörracher „Jungen Nationaldemokraten“ hätte die Polizei den jungen Mann kennen müssen. Außerdem soll es bereits im vergangenen März erste Hinweise auf Chemikalienkäufe des 22-Jährigen im Internet gegeben haben.

Es spreche einiges dafür, dass der Rechtsextreme ein Umfeld und Netzwerk gehabt habe, meinte Sckerl. „Unter Umständen muss man von einer terroristischen Vereinigung von Rechtsextremisten ausgehen“ warnte er und forderte eine neue Debatte über ein Verbot der NPD (Nationaldemokratische Partei Deutschlands): „Wenn ein NPD-Funktionär Bomben bastelt, stellt sich die Verbotsfrage in einem neuen Licht.“

Bislang geht die Polizei davon aus, dass Einrichtungen der linksgerichteten Szene in der Region mögliche Anschlagziele für den Mann gewesen sein könnten. Die sogenannte Antifa hatte ausführlich über den mutmaßlichen Bombenbauer im Internet berichtet und private Details veröffentlicht. Das Landeskriminalamt hat den Vorfall bislang als „einen absoluten Einzelfall“ bezeichnet. Erfahrungen der vergangenen Jahre zeigten keineswegs, dass es eine Entwicklung hin zu einer stärkeren Brutalität junger Rechtsextremer gebe. (dpa)



Bombenbauer steht NPD nahe

<http://www.stuttgarter-zeitung.de/stz/page/detail.php/2186517?&>

Artikel aus der STUTTGARTER ZEITUNG vom 05.09.2009

Landtag Opposition wirft Polizei und Verfassungsschutz schwere Versäumnisse vor.

Der rechtsextreme mutmaßliche Bombenbauer aus Südbaden beschäftigt nun auch den Landtag. Grüne und SPD werfen Ermittlern und Verfassungsschützern "schwere Versäumnisse" im Kampf gegen die Neonaziszene vor. Die Polizei sei erst wenige Tage vor der Festnahme des Mannes in Weil am Rhein (Kreis Lörrach) durch eine anonyme Anzeige aufmerksam geworden. "Es brauchte einen Hinweis aus der linken Szene, um die Polizei auf die richtige Spur zu führen", kritisierte der innenpolitische Sprecher der Landtags-Grünen, Hans-Ulrich Sckerl, am Freitag in Stuttgart. Der vor mehr als einer Woche festgenommene 22-Jährige soll Bombenanschläge geplant und Waffen gehortet haben. Unklar ist sein Motiv und die Frage, ob er Mitwisser hatte. Es ist ein Skandal, dass hier erst die Antifa-Gruppe das entscheidende Material für die Polizei geliefert hat", meinte auch Stephan Braun, SPD-Fraktionssprecher für Verfassungsschutz. Seine Partei will zudem wissen, welche Verbindungen es zwischen dem mutmaßlichen Bombenbauer und der rechtsextremen NPD gibt. "Hier zeigt sich, wie kurz der Weg ist von der NPD zum Terrorismus", sagte Braun.

"Polizei und Landesamt waren entweder ahnungslos oder haben weggeschaut", kritisierte Sckerl. Von einem funktionierenden Frühwarnsystem könne nicht die Rede sein. In einem Landtagsantrag forderte er Auskünfte von der Regierung. Als sogenannter Stützpunktleiter der Lörracher "Jungen Nationaldemokraten" hätte die Polizei den Mann kennen müssen. Außerdem soll es bereits im vergangenen März erste Hinweise auf Chemikalienkäufe des 22-Jährigen im Internet gegeben haben.

Es spreche einiges dafür, dass der Rechtsextreme ein Umfeld und Netzwerk gehabt habe, meinte Sckerl. "Unter Umständen muss man von einer terroristischen Vereinigung von Rechtsextremisten ausgehen" warnte er. Lsw

Badische Neueste Nachrichten 5. September 2009 SÜDWESTECHO Seite 9

Landtag beschäftigt sich mit Bombenleger

Stuttgart (dpa/lsw) – Der rechtsextreme mutmaßliche Bombenbauer aus Südbaden beschäftigt nun auch den Landtag. Die oppositionellen Grünen und die SPD-Fraktion werfen den Verfassungsschützern und Ermittlern in zwei Anfragen „schwere Versäumnisse“ im Kampf gegen die Neo-Nazi-Szene vor.

Die Polizei sei erst kurz vor der Festnahme des Mannes in Weil am Rhein durch eine

anonyme Anzeige aufmerksam geworden. „Es brauchte einen Hinweis aus der linken Szene, um die Polizei auf die richtige Spur zu führen“, kritisierte der innenpolitische Sprecher der Landtags-Grünen, Hans-Ulrich Sckerl, gestern in Stuttgart.

Der vor über einer Woche festgenommene 22-Jährige soll Bombenanschläge geplant haben. Unklar ist bisher sein Motiv und die Frage, ob der Mann Mitwisser hatte. „Es ist ein Skandal, dass hier erst die Antifa-Gruppe das Material für die Polizei geliefert hat“, meinte auch Stephan Braun, SPD-Fraktionssprecher für Verfassungsschutz.

Bild.de Home | 8. September 2009 | 00:29 Uhr | Neu anmelden | Login | ONLINE-SERVICES | RSS | ABO | MOBIL  NEWS POLITIK UNTERHALTUNG SPORT BUNDESLIGA LIFESTYLE RATGEBER AUTO DIGITAL VIDEO REGIONAL
Berlin Bremen Dresden Düsseldorf Frankfurt Hamburg Hannover Köln Leipzig München Ruhrgebiet Stuttgart

<http://www.bild.de/BILD/regional/stuttgart/dpa/2009/09/04/rechtsextremer-bombenbauer-beschaeftigt-landtag.html>

Rechtsextremer Bombenbauer beschäftigt Landtag

Freitag, 04. September 2009, 14:49 Uhr



Wohnhaus des mutmaßlichen Bombenbauers:
Der Fall ist nun auch Thema im Landtag. Foto: dpa

Stuttgart (dpa/lsw) - Der rechtsextreme mutmaßliche Bombenbauer aus Südbaden beschäftigt nun auch den Landtag. Die oppositionellen Grünen werfen den Ermittlern «schwere Versäumnisse» im Kampf gegen die Neo-Nazi-Szene vor. Die Polizei sei erst wenige Tage vor der Festnahme des Mannes in Weil am Rhein (Kreis Lörrach) durch eine anonyme Anzeige aufmerksam geworden. «Es brauchte einen Hinweis aus der linken Szene, um die Polizei auf die richtige Spur zu führen», kritisierte der Grünen-Abgeordnete Hans-Ulrich Sckerl am Freitag in Stuttgart. Der vor über einer Woche festgenommene 22-Jährige soll Bombenanschläge geplant haben. Unklar ist bisher sein Motiv.



Liquidierung als Ziel

Hintergrund. In der militanten Neonaziszene wächst die Bereitschaft, den politischen Gegner zu töten. Internationale Vernetzung und intensives Kopieren linker Kultur dient der weiteren gesellschaftlichen Integration

Von Carsten Hübner



Theorie 1991:

»Es genügen zehn oder zwölf entschlossene Revolutionäre und wir bestimmen, was aus militanter Sicht in einer Stadt ist und was nicht«;

Praxis am 17.11.2008:

Mehr als 1.000 Neonazis im tschechischen Litvinov überfallen Roma

Foto: Roland Geisheimer/Attenzione

Der Fall des mutmaßlichen Bombenbauers Thomas Baumann aus Weil am Rhein (Baden-Württemberg) hat in der vergangenen Woche bundesweit für Schlagzeilen gesorgt. Nach einem anonymen Hinweis hatte die Polizei am 26. August bei der Durchsuchung seiner Wohnräume größere Mengen von Chemikalien gefunden, aus denen nach Expertenangaben binnen weniger Stunden Sprengstoff hergestellt werden kann. Die Beamten stellten einschlägige Fachliteratur, Laborgegenstände, Zündschnüre, elektrische Bauteile für Fernzünder und Gegenstände zur Herstellung von Rohrbomben sicher. Außerdem war der 22jährige Funktionär der NPD-Jugendorganisation Junge Nationaldemokraten (JN) im Besitz von zwei Gewehren, einer scharfen Handfeuerwaffe, zwei Gaspistolen und zahlreichen Messern, Dolchen und Bajonetten.

»Durch die Festnahme ist ein möglicherweise unmittelbar bevorstehendes Blutbad verhindert worden«, so die VVN-BdA Baden-

Württemberg in einer Erklärung. Weiter heißt es in dem Schreiben, eine neue Dimension von organisierter terroristischer Nazigewalt sei sichtbar geworden, die sofortiges Handeln auf allen Ebenen erforderlich mache. Als mögliche Anschlagziele nannte die Autonome Antifa Freiburg, die in Sachen Baumann schon seit längerem recherchiert, den für seine antifaschistischen Aktivitäten bekannten DGB-Vorsitzenden von Freiburg und das dortige Autonome Zentrum KTS.

An den mehrfachen Versuchen, den alternativen Treffpunkt auszukundschaften, sollen nach Erkenntnissen der Antifa auch Gesinnungsgenossen von Baumann beteiligt gewesen sein. Darüber hinaus gäbe es Hinweise, daß weitere Personen aus seinem Umfeld ebenfalls chemische Substanzen erworben haben. Beides würde der zunächst geäußerten Einzeltäterthese widersprechen. Gegenwärtig sitzt jedoch nur Baumann in Untersuchungshaft. Als Gruppenführer der Freien Kräfte Lörrach und dortiger JN-Stützpunktleiter verfügt er über eine Vielzahl von Kontakten ins regionale NPD- und Kameradschaftsspektrum. Nach Einschätzungen vor Ort ist er eine Schlüsselfigur in der Naziszene Südbadens.

Rechtsextreme Gewalt nimmt zu

Der Besitz von Waffen und Sprengstoff ist im neonazistischen Spektrum mehr als eine private Marotte einzelner Kader oder Szeneanhänger. Er entspricht den verquasteten Krieger- und Kämpfermythen eines rechten Männerbildes. Die faschistische Ideologie selbst ist genuin gewalttätig. Die physische Bedrohung bis hin zur Liquidierung des politischen Gegners und gesellschaftlicher Gruppen, die als minderwertig definiert werden, ist nicht Exzeß, sondern Ziel faschistischer Aktion und Herrschaft.

Die Folgen sind eklatant, wenngleich sich die rechtsextremen Parteien und das Gros der organisierten Kameradschaftsszene aufgrund der gegenwärtigen gesellschaftlichen Machtverhältnisse in ihren öffentlichen Statements zumeist von Gewalt als Mittel der Politik distanzieren. Denn ihre Anhängerschaft und die neonazistisch und



rassistisch beeinflussten Milieus legen deutlich weniger Zurückhaltung an den Tag, wie bereits die offiziellen Zahlen belegen.

So ist nach Angaben des Bundeskriminalamtes (BKA) allein die Zahl der einschlägigen Gewaltdelikte in den vergangenen zehn Jahren um ein Drittel gestiegen. Wurden 1998 noch 708 Fälle registriert, waren es im Jahr 2008 bereits 1042 Taten – darunter auch zwei vollendete und vier versuchte Tötungsdelikte. Eine Trendwende ist nicht zu erwarten. Nach vorläufigen Angaben der Bundesregierung erfaßte die Polizei zwischen Anfang Januar und Ende Juni 2009 insgesamt 427 Gewalttaten, die sie der Kategorie »Politisch motivierte Kriminalität – rechts« zuordnet. Durch Nachmeldungen erhöhen sich die Halbjahreszahlen üblicherweise noch merklich.

Das Gesamtaufkommen rechtsextremer Kriminalität ist deutlich größer. Neben Delikten gegen das Leben und die Gesundheit anderer umfaßt es auch Sachbeschädigungen, Nötigungen, Bedrohungen, Propagandadelikte und Fälle von Volksverhetzung. Hier lag die Steigerungsrate im Vergleichszeitraum 1998 (11049) bis 2008 (19894) sogar bei 80 Prozent. Für die ersten sechs Monate dieses Jahres hat das Bundesinnenministerium bereits 9119 Straftaten ausgewiesen. In den offiziellen Zahlen sind naturgemäß Delikte nicht enthalten, die aus unterschiedlichen Gründen nicht zur Anzeige kamen oder deren politische Dimension von den ermittelnden Beamten verkannt oder bewußt heruntergespielt wurde.

Wie groß diese Dunkelziffer womöglich ist, lassen die unterschiedlichen Angaben zu rechtsextremen Tötungsdelikten erahnen. So geht Dominique John, Mitarbeiter des Potsdamer Vereins »Opferperspektive« und ehemaliger Koordinator der Beratungsstellen für Opfer rechter Gewalt in Berlin und den neuen Ländern, von »deutlich mehr als 120 Menschen« aus, die seit Oktober 1990 bei rechtsextrem motivierten Angriffen ums Leben gekommen sind. Die Bundestagsfraktion Die Linke hat sogar 141 Todesopfer rechter Gewalt gezählt. Demgegenüber nannte die Bundesregierung in ihrer Antwort auf eine diesbezügliche kleine Anfrage der Abgeordneten Petra Pau und Ulla Jelpke lediglich 40 Tote, die ihr bis Ende 2007 aus den Ländern gemeldet worden seien.

Auf welche Weise eine derartige Diskrepanz zustande kommt, zeigt das vergangene Jahr. Von vier Tötungsdelikten, denen augenscheinlich ein rechtsextremes Motiv zugrunde lag, tauchten in der Statistik des BKA und im Verfassungsschutzbericht 2008 lediglich zwei Fälle auf. Eine Differenz, die von der Bundesregierung offensichtlich in Kauf genommen wird. In ihrer Stellungnahme gegenüber der Linksfraktion heißt es dazu lapidar: »Mit dem auf Grundlage des geltenden Definitionssystems politisch motivierte Kriminalität eingeführten Kriminalpolizeilichen Meldedienst – Politisch motivierte Kriminalität (KPMd-PMK) steht seit dem 1. Januar 2001 ein zeitnahes, aussagekräftiges und differenziertes Instrument auch zur statistischen Darstellung der politisch motivierten Kriminalität zur Verfügung.«

NPD profitiert von den Militanten

Die Ablehnung von Gewalt durch die rechtsextremen Wahlparteien ist vor allem als politisches Blendwerk und Versuch zu werten, sich den Weg in die Mitte der Gesellschaft nicht durch die direkte Verwicklung in Gewalttaten zu verbauen. Statt dessen munitionieren sie mit ihrer Hetze gegen Andersdenkende und Minderheiten gezielt ein Klima der Ausgrenzung und Aggression. »Angstzonen«, sogenannte No-Go-Areas für Demokraten und Migranten, sind die Folge – und bieten gleichzeitig gute Voraussetzungen für den weiteren Strukturaufbau. Die Erfahrungen in vielen Regionen Ostdeutschlands zeigen, daß zunächst militante Kameradschaften mit Unterstützung erfahrener Kader den Boden bereitet haben, bevor die NPD mit ihrer eigentlichen Parteiarbeit begonnen hat.

In dem bereits 1991 veröffentlichten Konzeptpapier »Schafft befreite Zonen« aus den Reihen der NPD-Studentenorganisation Nationaldemokratischer Hochschulbund (NHB) heißt es dazu: »Aus militanter Sicht befinden wir uns dann in einer befreiten Zone, wenn wir nicht nur ungestört demonstrieren und Infostände abhalten können, sondern die Konterrevolutionäre dies genau nicht tun können. Dazu muß man sich die Orte genau auswählen. Es genügen zehn oder zwölf entschlossene Revolutionäre und WIR bestimmen, was aus militanter Sicht in einer Stadt ist und was nicht.« Die in dem Text propagierten Methoden zur Eroberung »konkreter Gegenmacht« reichen von der gezielten Unterwanderung gesellschaftlicher und sozialer Strukturen bis hin zu dem Versuch, durch die Konzentration rechtsextremer Aktivisten in einer Wohngegend »vor Ort sichtbar Macht auszudrücken«.

Mit dem 1996 in der NPD vollzogenen Führungswechsel hin zu Udo Voigt und der von ihm beförderten Öffnung gegenüber der militanten Neonaziszene ist es der Partei gelungen, sukzessive wichtige Szeneaktivisten und deren Strukturen an sich zu binden. Auf diese Weise konnte sie die Zahl ihrer Mitglieder von 3500 auf 7000 verdoppeln und ihre Aktionsfähigkeit spürbar erhöhen. In einflußreichen Landesverbänden wie Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen und Thüringen ist die Verschmelzung zwischen Partei und Teilen der Kameradschaftsszene bereits so weit fortgeschritten, daß sie sich kaum mehr auseinanderhalten lassen. Im NPD-Bundesausschuss sitzen neben dem stellvertretenden Parteivorsitzenden Jürgen Rieger mit Thorsten Heise, Thomas Wulff und Andreas Thierry drei weitere führende Neonazikader.

Wie wichtig die Annäherung an das nicht parteigebundene rechtsextreme Spektrum für die NPD war, zeigt sich aber auch in einem anderen Zusammenhang. Denn insbesondere zur Machtdemonstration auf der Straße im Rahmen ihrer Demonstrationspolitik und als Helfer im Wahlkampf leistete die Neonaziszene zumeist gute Dienste – und sie ist im Gegensatz zu den Parteien weiterhin im Wachsen begriffen. Laut Verfassungsschutz erhöhte sich die Zahl der gewaltbereiten Rechtsextremisten und Neonazis von 8820 im Jahre 1996 auf 14400 im Jahre 2008. Im gleichen



Zeitraum ging die Zahl der parteigebundenen Rechtsextremisten, die Zuwächse der NPD bereits eingerechnet, von 33500 auf 13000 zurück.

Autonome Nationalisten

Die zunehmende Vereinnahmung durch die NPD, die mittlerweile die uneingeschränkte Führungsrolle im extrem rechten Lager für sich beansprucht, sorgt in Teilen der Szene allerdings auch für Widerspruch. Am deutlichsten tritt dieser bei den sich seit 2002 zunächst in Berlin bildenden Gruppen der »Autonomen Nationalisten« (AN) zutage. Insbesondere bei Demonstrationen wiesen sie wiederholt die Disziplinierungsversuche der um ihren Ruf fürchtenden NPD zurück. Konfrontationen mit Ordnern der Partei und Überlegungen, die AN grundsätzlich von Veranstaltungen auszuschließen oder gewaltsam abzudrängen, waren die Folge. Mitte 2007 schließlich faßte der NPD-Bundesvorstand einen Abgrenzungsbeschluß, der wenig später jedoch wieder relativiert wurde.

Wie bereits der Name vermuten läßt, orientieren sich die Autonomen Nationalisten bei ihren Aktionsformen und ihrem Outfit an der linken Szene. Die Vermummung bei Demonstrationen, das Auftreten als Schwarzer Block, ein hohes Aggressionspotential gegenüber Polizei und politischem Gegner sowie die Adaption linker Musik und Parolen, einschließlich der verwendeten Anglizismen, gelten als Markenzeichen der AN, denen bundesweit rund 500 Neonazis zugerechnet werden.

Im Gegensatz zu ihrem Gebaren sind die ideologischen Differenzen zum Gros der Szene eher unbedeutend. Anfänglich geführte Diskussionen über einen »revolutionären Nationalismus«, einen »modernen Nationalsozialismus« oder eine Querfrontstrategie ins linke politische Lager verliefen nach kurzer Zeit ergebnislos im Sande. Als Hochburgen gelten Berlin und Nordrhein-Westfalen, hier vor allem der Großraum Dortmund/Hamm.

Das erste Mal bundesweit auf sich aufmerksam machten die AN bei der Demonstration am 1. Mai 2008 in Hamburg, als es aus ihren Reihen zu kurzen, aber heftigen Angriffen auf Gegendemonstranten und Polizei kam. Ebenfalls diesem Spektrum zuzurechnen ist der Überfall von rund 400 Neonazis auf eine Veranstaltung des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) am 1. Mai 2009 in der Dortmunder Innenstadt. Zurück blieben mehrere Verletzte und die Frage, warum die Polizei trotz vorheriger Warnungen nicht ausreichend vorbereitet war. Denn die an den Tag gelegte Gewaltbereitschaft der lokalen und regionalen Szene, die sich um die AN-Struktur »Nationaler Widerstand Dortmund« gruppiert, kam keineswegs überraschend. Zwischen 2005 und 2008, so die antifaschistische Zeitschrift Lotta, verdoppelte sich die Zahl rechtsextrem motivierter Straftaten von 195 auf 402 gemeldete Delikte.



Neueste Beweise für die weitere Bewaffnung der Neonaziszene: bei einem Funktionär der »Jungen Nationaldemokraten« (JN) gefundene Waffen (Lörrach, 27.8.2009) Foto: AP

Internationales Netz

Die europäische Zusammenarbeit gewinnt auch in der neonazistischen und faschistischen Szene zunehmend an Bedeutung. Mit dem »Zentropa Clan« und seinem »Freundeskreis« ist in den vergangenen Jahren ein weitverzweigtes internationales Netzwerk der Militanten entstanden. Das Internet dient dabei nicht nur als zentrale Kommunikationsplattform. Mindestens ebenso wichtig ist die Vermittlung eines modernen rechten Lifestyles. Zu den Blogs des »Zentropa Klan« gehören »Badabing« (Kanada), »Canal Mythos« (Frankreich), »Inconformista« (Portugal), O.N.G. (Hongkong) und natürlich »Zentropa« selbst, ein französisch-italienisches Projekt, das Mitte 2006 aus der Taufe gehoben wurde. Deutscher Ableger ist das seit rund eineinhalb Jahren bestehende Blog »Syndikat Z«. Es wird dem Spektrum der Autonomen Nationalisten aus Dortmund zugerechnet.

Zum internationalen »Freundeskreis« zählen zudem die Organisationen »Nieuw-Solidaristisch Alternatief«, »Jeune Nation« und »Nationalistisch JongStudentenVerbond« (alle Belgien), »Russki Obraz« (Rußland), »Sfarma Piastra« (Rumänien), die »English National Resistance« (Großbritannien), Squadristas (Argentinien), das »Thule Seminar« (Deutschland) sowie die »Radicalboys Brux« und der »Narodni Odpor« aus Tschechien. Weitere militante Gruppen wie die einflußreiche italienische Formation »Casa Pound« und eine ganze Anzahl neofaschistischer Bands bilden das direkte Umfeld. »Zentropa« ist damit das derzeit bedeutendste militante Neonazinetzwerk in Europa.

Inszenierung als Avantgarde

Wer beim Surfen das erste Mal auf eine Webseite aus dem Zentropa-Netzwerk stößt, dürfte Schwierigkeiten haben, sie unmittelbar als Medium der extremen Rechten zu identifizieren. Keine Spur von der laienhaften und



textdominierten, fast zwanghaft schwarz-weiß-roten Aufmachung, wie man sie vor allem aus der deutschen Szene kennt. Stattdessen ist das Layout von seiner Farbwelt und den verwendeten Typen her zumeist durchaus als stilvoll zu bezeichnen und von aufwendigen Grafiken, Fotos, Collagen und Comics geprägt. Andere Seiten orientieren sich stark an der Ästhetik des Futurismus. Der Anspruch, sich bereits vom Erscheinungsbild her abzuheben und als Avantgarde zu inszenieren, ist unübersehbar.

Was die Seiten außerdem charakterisiert, ist die Bandbreite ihrer Inhalte. Politische Aktionsberichte stehen ganz selbstverständlich neben Konzert- und Veranstaltungsankündigungen, theoretischen Artikeln, Beiträgen zur Geschichte und Werbung für rechte Klamotten und Musik. Vor allem das junge und subkulturell geprägte Aktivistenspektrum wird durch diesen ganzheitlichen Ansatz nicht nur politisch, sondern vor allem in seinem Lebensgefühl angesprochen.

Von links abkupfern

Darüber hinaus erweitert die Überwindung gängiger Szeneklischees den bisherigen Adressatenkreis rechter Organisations- und Mobilisierungsversuche. Nazi-HipHop aus Frankreich hat hier ebenso seinen Platz wie neofaschistischer Punkrock aus Italien oder NS-Black-Metal aus Schweden. Die angebotene Kleidung unterscheidet sich, bis auf die verwendete Symbolik, kaum von der Mode der alternativen und linken Szene. Selbst linke Ikonen wie Che Guevara oder das Logo der »Antifaschistischen Aktion« erfreuen sich, nationalrevolutionär verfremdet, als gestalterische Elemente großer Beliebtheit.

Das Gros des rechtsextremen Lagers reagiert auf diesen »Modernismus« mit Verstörung und Ablehnung. Doch das scheint durchaus bezweckt zu sein. Zumindest aber wird es billigend in Kauf und wenig Rücksicht auf bestehende Befindlichkeiten genommen. Graffitis, der Schrecken des rechten Spießbürgers, werden als legitime Form der Propaganda gehypt. Der Style der Sprayerszene ist auf den Webseiten dieses Spektrums ebenso zu finden wie auf den einschlägigen Transparenten und Flugzetteln. Auch gegen das Dogma, als europäische Nationalisten Anglizismen zu meiden wie der Teufel das Weihwasser, wird in aller Regelmäßigkeit verstoßen. Und so verabschiedeten sich die Macher von Zentropa.info in diesem Jahr mit dem Bild eines Wellenreiters und einem »Point ›break!« in die Sommerpause.

Propagandisten der Gewalt

Die Webseite des deutschen Zentropa-Ablegers »Syndikat Z« ist in der Vergangenheit wiederholt durch den unverhohlenen Umgang mit rechtsextremer Gewalt aufgefallen. So veröffentlichte sie unter anderem Anfang Juli ein Foto aus Griechenland, das mit dem zynischen Kommentar »Message in a Bottle« versehen war. Es zeigt einen Neonazi mit einem bereits entzündeten Molotowcocktail, der sich an einem Angriff auf eine antifaschistische Demonstration beteiligt. Der dazugehörige Text verlinkt außerdem zu einem Video von dem Vorfall.

Ende Juni fand sich auf der Seite zudem ein Werbetrailer für das zweite paramilitärische Trainingslager der militanten »Ungarischen Nationalen Front« (MNA) vom 10. bis 14. Juli 2009. »Vermittelt werden in theoretischen und praktischen Teilen Grundlagen der Themen Gefecht, Nahkampf, Waffenkunde etc.«, hieß es dazu. In dem Video zu sehen sind uniformierte Neonazis, die, mit Maschinenpistolen bewaffnet, Schießübungen abhalten und im Häuserkampf trainiert werden. Ein Link führt direkt auf die Seite des Veranstalters.

Für den 17. November 2008 schließlich rief »Syndikat Z« zur »totalen Mobilmachung« in den tschechischen Ort Litvinov. Einen Monat zuvor war es dort bereits zu schweren Ausschreitungen Hunderter Neonazis gegen Roma und Polizei gekommen. Mehrere Menschen wurden verletzt. Auch diesmal wieder sollte ein Aufmarsch der Partnerorganisation »Narodni Odpor« (Nationaler Widerstand) zum Wohngebiet der Roma führen, was die Polizei verhindern wollte. Es kam erneut zu schweren Straßenschlachten mit den über 1000 angereisten Neonazis. Auf dem Blog hieß es dazu später unter anderem: »Die Bevölkerung Litvinovs zeigte sich, wie schon bei den vorangegangenen Aktionen, auch am 17. November solidarisch. So halfen die Bürger der Stadt den Kameraden, sich Festnahmen zu entziehen, versorgten die Demonstranten mit Utensilien zur Selbstverteidigung, boten im Tumult ihre Ortskenntnis an und kümmerten sich um Verletzte!«

Darüber hinaus beteiligt sich »Syndikat Z« an der Kampagne zur Freilassung des spanischen Neonazis und Exsoldaten Josué Estébanez de la Hija, der im November 2007 einen unbewaffneten jungen Mann in der Madrider U-Bahn erstochen und einen weiteren schwer verletzt hat. De la Hija war auf dem Weg zu einer rechtsextremen Demonstration, die unter dem Motto »Gegen den antispanischen Rassismus!« stand. Seine späteren Opfer wollten an einer Gegenveranstaltung teilnehmen. Vor der Tat war es lediglich zu einem Wortwechsel gekommen.

Carsten Hübner befaßt sich seit mehr als zwanzig Jahren mit der extremen Rechten. Er betreibt das Watchblog www.eurorex.info, das über das rechtsextreme Spektrum in Europa und seine Netzwerke berichtet



http://www.nrw.vvn-bda.de/texte/0559_rede_do.htm

Rede Ulrich Sander, Bundessprecher der VVN-BdA, auf dem Wilhelmplatz in Dortmund-Dorstfeld am 5.9.2009 bei der Dauermahnwache und Kundgebung der Aktion 65plus.



Unsere Forderung nach Stopp der Nazis war erfolgreich – Ansprache gegen Faschismus und Militarismus

70 Jahre nach dem Überfall Deutschlands auf Polen begehen wir den Antikriegstag. Es ist ein Tag gegen Faschismus und Militarismus.

Militaristen wollten der VVN-BdA in juristischen Verfahren verbieten, die Gräueltaten der faschistischen Wehrmacht im Zweiten Weltkrieg Kriegsverbrechen zu nennen und die Tradition der Gebirgstruppe als verbrecherisch zu bezeichnen. Dazu und zu den Gerichtsverfahren gegen Täter aus der Wehrmacht stellte Bundeswehrgeneral a.D. Jürgen Reichardt in Publikationen für die Bundeswehr fest, dass die heutigen Bundeswehrsoldaten „in Situationen“ geraten könnten, in denen sie wie einst die Gebirgstruppler „überreagieren“. Sie müssten dann befürchten, noch nach Jahrzehnten vor Gericht gestellt zu werden. Deshalb sollte Schluß sein mit der Verurteilung der Wehrmachtverbrechen und der Wehrmachtverbrecher.

Reichardt sprang in seinem in der „Gebirgstruppe“ veröffentlichten Beitrag ausdrücklich dem in München zu lebenslänglicher Haft verurteilten Leutnant a.D. Joseph Scheungraber bei, der wegen des Mordes von 14 italienischen Zivilisten angeklagt war.

Neue Kriegsverbrechen deutscher Soldaten, zu denen sie durch solche Ermutigungen getrieben wurden, werden gemeldet. Über 100 Afghanen brachte gestern ein Oberst Klein mittels Bombardement in der Nähe von Kunduz ums Leben. An der Bombardierung serbischer Städte war die Bundeswehr 1999 beteiligt. Wir hoffen, dass Oberst Klein ebenfalls vor Gericht kommt und wie Scheungraber verurteilt wird.

Doch davor stehen die Urteile und Entscheidungen höchster Gerichte. Sie haben deutsche völkerrechtswidrige Kriegseinsätze zugelassen, sie haben das Verbot des Angriffskrieges nach Artikel 26 des Grundgesetzes faktisch aufgehoben und auch den Artikel 139, der den deutschen Faschismus ächtet.

Gestern hat nun das Bundesverfassungsgericht das Verbot des Naziaufmarsches durch

Dortmund aufgehoben. Dieses Gericht ist zu seinem Standpunkt zurückgekehrt, dass Naziaufmärsche nur das Vortragen einer „missliebigen“ Meinung darstellen.

Nazis marschieren unter der Losung „Nie wieder Krieg – nach unserem Sieg, dem Sieg des NS.“ Trotzdem bescheinigt das Gericht den Nazis in seinem Spruch von gestern Gewaltlosigkeit und Gesetzestreue.

Es begünstigt Leute, die am 1. Mai in Dortmund mit dem Überfall auf den DGB-Demonstrationszug eine Probe ihrer Gewaltlosigkeit gegeben haben.

Es begünstigt Leute wie den Bombenbauer von Weil bei Lörrach, der nur durch die Aufmerksamkeit von Antifaschisten gehindert wurde, ein Blutbad anzurichten.

Es ist zu hoffen, dass die kritiklose Hinnahme solcher Entscheidungen des BVG aufhört. Das BVG bewegt sich nicht im luftleeren politischen Raum, es wird von etablierten Politikern bestimmt.

Doch wir sagen: Das Grundgesetz steht über dem Bundesverfassungsgericht, das diese Verfassung oft negativ uminterpretiert.

Wir haben seit Monaten darauf hingewirkt, die Nazis, wenn sie sich denn heute hier treffen, zu blockieren. Wir haben es erlebt – Nie wieder! sagten wir mit unserer Aktion 65plus.

Die Blockade, die wir wollten, wird nun stattfinden, wenn auch nicht durch uns. Die Polizei hat bekannt gegeben, dass man den Nazis nur eine Kundgebung auf engem Raum am Hafen, keinen Marsch erlaube.

Ganz Dortmund ist gegen die Nazis auf den Beinen und hat ihnen keinen Raum gelassen. Wir begrüßen die Entscheidung der Polizei.

Wir sind ermutigt durch die Haltung tausender Dortmunderinnen und Dortmunder.

Unser Kampf gegen Krieg und Nazismus geht weiter und wird durch die erfolgreichen Aktionen in unserer gesamten Stadt Auftrieb erhalten.



Ja, ich will...

- mehr Informationen und eine Probenummer der Antifa-Nachrichten.
- Einladungen zu Treffen, Veranstaltungen, Aktionen...
- Die Antifa Nachrichten abonnieren: 4 mal im Jahr für 10 Euro.
- Euch mit Spenden unterstützen.
- Mitglied werden!**

Vorname _____

Name _____

Straße _____

PLZ / Ort _____

Telefon _____

Für alle, die Mitglied werden wollen:

Beruf _____

Geburtsdatum _____

Kreisvereinigung _____

Für alle, die bequem zahlen wollen:

Ich erteile der VVN - Bund der Antifaschisten Baden-Württemberg e.V. eine wiederufliche **Einzugsermächtigung** für eine

- Spende und zwar**
 - einmalig EUR _____
 - vierteljährlich EUR _____
 - halbjährlich EUR _____
 - jährlich EUR _____
- für die jährliche Abogebühr von EUR 10
- für den monatlichen Mitgliedsbeitrag von EUR _____ der
 - vierteljährlich,
 - halbjährlich,
 - jährlicheingezogen werden soll.

Bank _____

BLZ _____

Kontonummer _____

Datum, Unterschrift



Wem nützen V-Leute?

Die Antwort gibt Ihnen das Bundesinnenministerium unter der Rufnummer +49 30 18681-0 oder Sie drehen die Karte einfach um ...



Wem nützen V-Leute?

Zunächst denken V-Leute an sich selbst. Durch die Funktion erhoffen sie sich Straffreiheit, Vergünstigungen und natürlich Geld. Aber auch der Verfassungsschutz hat seinen Nutzen: Er sichert damit auf Dauer seine Existenz, indem er seinen kosten- und personalaufwändigen Apparat rechtfertigt. Den größten Nutzen hat allerdings die NPD, da das V-Leute-System vom Bundesverfassungsgericht als Verfahrenshindernis für ein Verbotungsverfahren angesehen wird.

V-LEUTE V
SIND FASCHISTEN MIT

www.npd-verbot-jetzt.de
www.vvn-bda.de

11.5.12 P. VVN-BDA, Franz-Meining-Platz 1, 70203 Berlin - 1115 - Foto: © Bauer King, Fotolia.com



Neues Material zu unserer Kampagne :

Diese Postkarte und drei weitere Motive zum Thema V-Leute kann bei der Bundesgeschäftsstelle der VVN-BdA oder direkt unter www.npd-verbot-jetzt.de bestellt werden.